



RECHENSCHAFTSBERICHT

des Vorstandes für das Jahr 2003

Germanwatch e.V.

Büro Bonn: Dr. Werner-Schuster-Haus, Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn

Büro Berlin: Voßstr. 1, D-10117 Berlin

Tel.: +49 (0) 2 28 60 49 2 -0 Fax: ++49 (0) 2 28 60 49 2 -19

TEL.: +49(0) 30 2888 356-0 Fax: ++49 (0) 30 2888 356-1

E-Mail: germanwatch@germanwatch.org Internet: www.germanwatch.org

Bankverbindung: Volksbank Bonn Rhein-Sieg · BLZ 380 601 86 · Kto 37 37 37

Inhalt

Der Irakkrieg und die Blockaden in der Internationalen Politik	3
Entwicklung des Vereins	5
<i>Mitglieder</i>	5
<i>Geschäftsstellen</i>	5
Die politischen Ziele.....	7
Die Klima-AUSBADE-Kampagne	8
<i>Erste Verantwortung: Treibhausgase reduzieren</i>	8
Verringerung des Treibhausgas-Ausstoßes um 40 Prozent bis 2010	8
Der EU-Emissionshandel – Erste Verantwortungsübernahme durch die Industrie ...	9
Die breitflächige Einführung von Erneuerbaren Energien	10
Überfällig: Verantwortungsübernahme des Flugverkehrs	11
Derzeit recht dynamisch: Verantwortungsübernahme des Finanzsektors	12
Dialog mit der Wirtschaft	13
<i>Zweite Verantwortung: Anpassung an den Klimawandel und Klimaopfer unterstützen</i>	13
<i>Vernetzung mit der Zivilgesellschaft</i>	15
<i>Ausblick</i>	15
Ernährung sichern – für einen fairen Agrarhandel	16
<i>"Unterbieten-Verbieten" – eine Kampagne gegen Dumping im Agrarbereich</i>	16
<i>Internationale (Agrar-)Handelspolitik</i>	17
<i>Der Prozess zum Recht auf Nahrung in der FAO</i>	19
<i>Die Reform der Europäischen Agrarpolitik</i>	19
<i>Die Welthandelskampagne – Gerechtigkeit Jetzt!</i>	19
<i>Sonder- und Vorzugsbehandlung für Entwicklungsländer</i>	20
<i>Ausblick</i>	20
Unternehmensverantwortung für Nachhaltigkeit und gerechte Entwicklung	21
<i>Arbeit zu den OECD-Leitsätzen in Deutschland</i>	21
Beschwerdefall Mexiko-Continental	22
Internationale NGO-Vernetzung – OECD Watch	22
<i>Investitionsabkommen</i>	22
<i>Die Soziale Dimension der Globalisierung</i>	23
<i>UN-Normen für multinationale Unternehmen</i>	23
<i>Ausblick</i>	24
Entwicklungspolitik.....	25
<i>Memorandum 2002</i>	25
<i>Einweihung Dr.-Werner-Schuster-Haus</i>	25
<i>Entwicklungszusammenarbeit der Bundesländer: Erklärungen und Leistungen</i> ..	25
<i>Bericht zur Wirklichkeit der Entwicklungshilfe</i>	25
<i>Erhalt der GFG-Mittel</i>	25
<i>Ausblick</i>	25
Unsere Kooperation mit Worldwatch: Verstärkung des Transatlantischen Dialoges ...	26
Fünf Jahre Stiftung Zukunftsfähigkeit: Überwindung der Blockaden in der Internationalen Politik.....	28
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	29
<i>Pressearbeit</i>	29
<i>Broschüren, Flyer, Germanwatch-Zeitung</i>	30
<i>Der Internetauftritt von Germanwatch</i>	30

Politischer Rahmen:

Der Irakkrieg und die Blockaden in der Internationalen Politik

Ein die internationale Gemeinschaft und auch die Zivilgesellschaft / NGOs besonders herausforderndes Berichtsjahr liegt hinter uns. Die Debatte um die Zukunft des UN-Systems und den Multilateralismus sowie um die Gefahren unilateralen Vorgehens dominierten die politische Auseinandersetzung auf allen Ebenen.

Die Teilnahme an der Großdemonstration gegen den drohenden Irakkrieg am 15 Februar 2003 war für uns eine klare Sache. Doch die Empörung und die Verweigerung der Europäer konnte den Krieg nicht verhindern. "Wie am Aufbau mitzuwirken?", war dann die Frage. Welche Rolle sollte Europa einnehmen? Die Nachkriegsordnung im Irak stellt sich heute für viele als das Desaster dar, das einige vorhergesagt hatten.

Vor uns liegen heute leider mehr Ruinen und in den Grundfesten angeschlagene Gebäude der internationalen Politik, denn stabile und zukunftsfähige, menschenfreundliche und lebenswerte Häuser.

Dies waren die bestimmenden politischen Rahmenbedingungen für unsere Arbeit in den vergangenen Monaten. Des weiteren gab es auf nationaler und internationaler Ebene große sich weiter verdichtende Herausforderungen in der immer wieder neue Nahrung erhaltenden Klima- und kontroversen Energiedebatte, die ganz erheblich von dem Noch-nicht-in-Kraft-treten von Kyoto überschattet ist.

Zum anderen forderten uns die Fragen der WTO-Konferenz in Cancun in der Vorbereitung, in der Präsenz bei der Konferenz selbst und in der Nachdebatte in großem Umfang. Der Hitzesommer 2003 nährte die Klimadebatte auf höchst fühlbare Weise, allerdings nur in Zentraleuropa. In Russland war es offensichtlich nicht heiß genug, um dafür zu sorgen,

dass dort endlich das Kyoto-Protokoll ratifiziert wurde. Und ohne Russland kann dieser klimapolitische Meilenstein nicht in Kraft treten. Germanwatch unterstützt alle, die zu verhindern suchen, dass die Kyoto-Architektur wieder zusammenbricht. In Deutschland wurde hart gefochten um das EEG und den Nationalen Allokationsplan für den Emissionshandel auf der einen Seite und die Zukunft der Kohle auf der anderen. Germanwatch focht mit.

Cancun war ein anderes höchst bedeutendes Feld der internationalen Politik und des globalen Handelssystems. Hier wurden die Industriestaaten davon überrascht, dass ihre Handelsschutzinteressen als Alleindiktat nicht länger Geltung haben sollten. Die Entwicklungsländer entlarvten die Unzulänglichkeit der Angebote der EU und der USA und ließen die Verhandlungen scheitern.

Das Scheitern der Konferenz können wir als Erfolg der Entwicklungsländer werten, auch wenn (noch) kein Erfolg der Entwicklungsländer bezüglich der Inhalte abzusehen ist, da dies von den Industrieländern blockiert wurde. Unsere Aufgabe ist es jetzt, den Folgeprozess genau zu beobachten.

Andere leichte Lichtblicke am Horizont gab es auch. So ist es ermutigend zu sehen, dass das Thema Nachhaltiges Investment in der öffentlichen Debatte, aber auch im Finanzsektor selbst mehr und mehr Resonanz erfährt. Auch die Diskussion der Corporate Accountability (der umfassenden Unternehmensverantwortung) geht deutlich in die Breite.

Und weitere Hoffnungsschimmer liegen in der immer konkreter werdenden Vorbereitung der Weltkonferenz für Erneuerbare Energien in Bonn nächstes Jahr (Renewables 2004). Ger-

manwatch hat sich in den letzten Monaten gut behauptet und gut positioniert.

Gleichzeitig mussten wir auch im letzten Jahr wieder um die personelle und finanzielle Absicherung unserer Arbeitsfelder kämpfen. Der unermüdliche und kluge Einsatz unserer MitarbeiterInnen und das kompetente ehrenamtliche Engagement von Germanwatch-Mitgliedern auf unterschiedlichsten Ebenen ist nicht hoch genug anzurechnen.

Der Verlust unseres stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden Michael Baumann war im gesamten letzten Jahr immer wieder schmerzhaft spürbar. Auch wenn diese Lücke nicht zu schließen ist, – ähnlich wie in seinem Falle gibt es inzwischen auch andere, die ihre Arbeitszeit und ihre Erfahrungen nach erfahrungsreichem Berufsleben unentgeltlich für Germanwatch zur Verfügung stellen. Allen sei

ein ganz besonderer Dank gesagt.

Dank aber auch an alle, die es angeht, für die bisherige finanzielle Hilfe Unsere Mitglieder, Spender und Unterstützer brauchen wir auch weiterhin und sehr dringend in der Zukunft.

Für den Vorstand:

Michael Windfuhr
Manfred Belle
Holger Baum
Dörte Bernhardt
Rudi Buntzel-Cano
Klaus Milke

Entwicklung des Vereins

Mitglieder

Zusätzlich zur Mitgliedschaft oder Fördermitgliedschaft bei Germanwatch gibt es inzwischen eine neue Form der Unterstützung unserer Arbeit: Kampagneras bzw. Kampagneros fördern für wahlweise ein bis drei Jahre eine Germanwatch-Kampagne. Sowohl bei der Klima-AUSBADE-Kampagne als auch bei der Handelskampagne "Unterbieten Verboten" hat sich dieses Konzept bewährt. So konnten wir über hundert neue Unterstützer gewinnen, darunter 78 Klima- und 28 Handelskampagneras/os – die meisten von ihnen für den Zeitraum von drei Jahren, einige für zwei und wenige für lediglich ein Jahr. Viele Menschen möchten offenbar ganz gezielt ein bestimmtes Projekt fördern und sich zunächst nicht langfristig binden.

Demgegenüber hielt sich – entsprechend dem Trend bei den meisten deutschen Vereinen – bei den "normalen" Mitglied- und Fördermitgliedschaften die Zahl der Ein- und Austritte ungefähr die Waage. Insgesamt musste am Ende des dritten Quartals ein leichter Rückgang auf 440 Mitglieder und Förderer verzeichnet werden, der allerdings im wesentlichen auf eine "Bereinigung" veralteter Daten zurückzuführen war.

Geschäftsstellen

Im September hat das Berliner Büro neue Räumlichkeiten bezogen. Germanwatch hat damit in Berlin seine Position als Untermieter aufgegeben und verfügt eigenständig über ein eigenes Büro mit vier Arbeitsräumen.

Zur Zeit arbeiten 13 hauptamtliche und zwei ehrenamtliche MitarbeiterInnen in den Büros von Germanwatch und Berlin (davon aber etwa die Hälfte in Teilzeitverträgen).

Dies sind:

- Christoph Bals (Leiter RioKonkret, Bonn)
- Ljiljana Djuric (Sekretariat, Berlin)
- Brigitta Herrmann (Referentin TradeWatch, Bonn, ab Dezember 2003)
- Cornelia Heydenreich (Referentin KodexWatch, Berlin)

- Britta Horstmann (Referentin Klima und Entwicklung und Koordinatorin Klima-Ausbade-
- Kampagne, Bonn)
- Heike Ifland (Pressesprecherin, Berlin)
- Gerold Kier (Internetredakteur und Büroleiter Bonn)
- Brigitte Kunze (Geschäftsführerin, Berlin)
- Christiane Kunze (Sekretariat RioKonkret, Bonn)
- Dustin Neuneyer (Referent Sustainable Investment)
- Laura Radosh (Finanzen, Bonn, ab Dezember 2003 Berlin)
- Ludger Reuke (Referent Entwicklungspolitik, Bonn)
- Andrea Taubert (Sekretariat Bonn)
- Manfred Treber (Referent Klima und Verkehr, Bonn)
- Marita Wiggerthale (Leiterin TradeWatch, Berlin)



Arbeitssitzung auf der Klausurtagung am Sacrower See, September 2003. Foto: Klaus Milke

Wohl die bedeutendste Veränderung bei den Mitarbeitern war der Weggang von Rainer Engels im Sommer. Wir danken ihm auch hier nochmals ganz besonders für seinen langjährigen und engagierten Einsatz für Germanwatch. Für ihn hat Marita Wiggerthale die Leitung des TradeWatch-Bereiches übernommen und ab Dezember 2004 wird Dr. Brigitta Herrmann das Team in Bonn verstärken. Auch Stefan Rostock hat es in die Ferne gezogen (Afrika-Aufenthalt), für ihn hat Dustin Neuneyer, den manche von den Auftritten der Klima-Karawane des letzten Jahres kennen, den Aufgabenbereich übernommen. Nachdem wir Andrea Taubert nach ihrer Ausbildung zu-

nächst keine Perspektive bieten konnten, hat sie die Arbeit oft ehrenamtlich unterstützt. Ab November 2003 hat sie jetzt in Teilzeit die Sekretariatsarbeiten in Bonn übernommen. Für Christiane Lellig, die im Frühjahr Mutter von Zwillingen wurde, haben wir Heike Ifland als neue Pressesprecherin gewonnen. Ganz verabschieden mussten wir uns von unseren beiden Fundraisern, Susanne Saha und Bodo Stüve.

Und ein besonderer Dank an alle unsere Praktikantinnen und Praktikanten, die uns laufend bei unserer Arbeit und den Recherchen unterstützen. Ohne sie könnten viele Aufgaben nicht so erfolgreich durchgeführt und abgeschlossen werden.

Herausheben möchten wir auch die gemeinsame Klausur von Vorstand, anderen ehrenamtlich Mitarbeitenden und hauptamtlichen MitarbeiterInnen im September am Sacrower See in Brandenburg. Ein Wochenende lang wurde – nicht unterbrochen vom Alltagsgeschäft – intensiv gearbeitet an der Formulierung von strategischen Zielen und dazu geeigneten Instrumenten.

Im Berichtszeitraum sind vier Mitgliederrundbriefe erschienen, im Viertelquartalsabstand. Dies konnte nicht zuletzt erreicht werden durch den ehrenamtlichen Einsatz von Ulrike Kölver und die engagierte Layouterin Heidrun Müller.

Die politischen Ziele

Germanwatch hat sein Engagement der vergangenen zwölf Monate maßgeblich auf die Stärkung und Verteidigung zweier politischer Ziele konzentriert:

- auf die Steigerung der globalen Ernährungssicherung,
- auf die Vermeidung einer gefährlichen Klimadestabilisierung.

In beiden Zusammenhängen sind die Entwicklungsländer, und dort wiederum die arme Bevölkerung, besonders verletzlich. Im einen Fall ist die Unterminierung der Fähigkeit zur Selbstversorgung etwa durch Exportdumping zu befürchten, im anderen drohen schwerwiegende Konsequenzen von Stürmen, Überflutungen und Dürren.

Germanwatch beansprucht nicht, alle Antworten auf die komplexen Probleme in diesen Bereichen zu haben. Aber wir möchten, dass die Perspektive derer, die von negativen Entwicklungen besonders betroffen sind, nicht ungehört und -beachtet bleibt. Wir möchten uns an Suchprozessen für konstruktive Lösungen beteiligen. Wo nötig, stoßen wir solche Prozesse auch an. Politischen Entscheidungsträger(innen) präsentieren wir Lösungsvorschläge. Dies geschieht einerseits auf der nationalen Ebene und zunehmend auf der Ebene der EU.

Zugleich aber sind wir intensiv in multilaterale Verhandlungen involviert, die Lösungen ermöglichen oder verhindern können. So waren wir als NGO – vernetzt mit unseren weltweiten NGO-Partnern – sowohl bei den WTO-Verhandlungen in Cancun, als auch beim Klimagipfel in New Delhi (November 2002) aktiv. Der UN-Klimagipfel in Mailand (Dezember 2003) steht vor der Tür – dieser ist jedoch wegen der immer noch zögerlichen Haltung Russlands bei der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls in seiner Bedeutung deutlich geschrumpft. Und schon bereiten wir uns intensiv auf den Erneuerbaren Energien Gipfel in Bonn im Juni 2004 vor.

Angesichts der besonderen Herausforderungen des transatlantischen Verhältnisses, die das Jahr 2003 mit sich gebracht haben, überlegen wir, wie wir mit konstruktiven Partnern in den USA verstärkt Dialoge führen können. Derzeit prüfen wir intensiv eine enge Kooperation mit dem Worldwatch-Institut. Dies könnte, zusammen mit anderen NGO-Partnern in EU-Staaten, zur Gründung eines Worldwatch Europe führen. Einerseits könnte so die "Watch-Aufgabe" in einer größer werdenden EU verstärkt wahrgenommen werden. Andererseits hätten wir damit auch eine Möglichkeit, europäische Erfahrungen und Politikansätze verstärkt in den USA in die Debatte einzuführen.

Die Klima-AUSBADE-Kampagne

Es lässt uns nicht kalt zu sehen, dass einerseits der globale Klimawandel immer mehr Opfer fordert, aber andererseits die politische Bereitschaft zum ernsthaften Handeln eher ab- als zunimmt. Noch immer ist fraglich, ob Russland das Kyoto-Protokoll ratifizieren wird. Nur wenn Russland dies tut, wird das Kyoto-Protokoll letztlich in Kraft treten. Vieles spricht dafür, dass die russische Regierung zunächst abwarten will, ob Europäer, Japaner und Kanadier konkrete Angebote für große Investitionen in Richtung Energieeffizienz und Erneuerbare Energien anbieten, vermutlich auch, wie die US-Wahlen (2. November 2004) ausgehen. Der Weg zu einer endgültigen Nicht-Ratifizierung Russlands ist allerdings noch weiter als der zu einer Ratifizierung. Nichtsdestotrotz dürften zumindest noch einige Monate der Ungewissheit vor uns liegen. Wir setzen darauf, dass zumindest die EU, Kanada und Japan sehr bald erklären werden, dass sie – egal ob Russland ratifiziert oder nicht –, sich verbindlich so verhalten werden, als wäre Kyoto in Kraft.



Angelika Zahrnt (Vorsitzende des BUND) legt sich in die Klima-AUSBADE-Wanne, um zu zeigen, dass der Süden die Folgen des Klimawandels nicht alleine ausbaden soll (Kirchentag Berlin, 30.5.03). Foto: Gerold Kier

Weder die Flutkatastrophe des vergangenen Jahres noch der Sahara-Sommer dieses Jahres mit etwa 35.000 Hitzetoten in der EU haben einen wirklichen politischen Schub für mehr Klimaschutz ausgelöst. Die wesentlich größere Betroffenheit zahlreicher Entwicklungsländer hat die Öffentlichkeit hierzulande noch weniger beeindruckt. Umso mehr fühlen wir uns darin bestärkt, die Klima-AUSBADE-Kampagne konsequent weiterzuentwickeln:

Das Globale öffentliche Gut der Verhinderung einer gefährlichen Klimadestabilisierung soll verteidigt werden.

Wir entwickeln unsere Klimaaktivitäten wissenschaftsbasiert. So verfolgt Germanwatch als einzige deutschsprachige NRO intensiv den IPCC-Prozess u.a. durch die Teilnahme von Manfred Treber an IPCC-Plenarsitzungen wie zuletzt im November 2003. Dies nutzen wir neben der Unterrichtung der Öffentlichkeit über den Prozess auch als Frühwarnsystem für gegenwärtig aktuell in der wissenschaftlichen Diskussion befindliche Themen. Andererseits sind wir auch im Bereich Agenda-Setting aktiv. So haben wir gegenüber mehreren zentralen IPCC-Akteuren vorgeschlagen, dass ein Sonderbericht über den Klimaschutz-Problembereich "Landverkehr" anstände, weil dort in praktisch allen Industrieländern die Emissionen ansteigen und kaum irgendwo wirksame Maßnahmen zur Emissionsminderung zur Wirkung kommen.

Zentrale Grundlage der Klima-AUSBADE-Kampagne ist der rechtliche und moralische Grundsatz: Wer anderen – in diesem Fall durch den Ausstoß von Treibhausgasen – Schaden zufügt, sollte zumindest zwei Verantwortungen übernehmen. Erstens sollte er die Schädigung sofort einstellen. Dies heißt, den Ausstoß von Treibhausgasen deutlich reduzieren. Zweitens sollte er die (potentiellen) Opfer bei der Anpassung an den globalen Klimawandel bzw. bei der Beseitigung von Folgen der Wetterde-saster unterstützen und kompensieren. Was sich als Grundsatz sehr einfach anhört, hat im Detail viele Tücken und erweist sich in der politischen Umsetzung als äußerst schwierig.

Erste Verantwortung: Treibhaus-gase reduzieren

Verringerung des Treibhausgas-Ausstoßes um 40 Prozent bis 2010

Im Bundestags-Wahlkampf hatten wir die Fraktionen des deutschen Bundestages aufgefordert, klare Aussagen über die Entwicklung des Klimaschutzzieles für Deutschland zu machen. Wie geht es bis 2020 weiter? Steht

Deutschland zu dem von den Klima-Enquete-Kommissionen vorgeschlagenen Ziel einer Verminderung der Treibhausgase bis 2020 um 40 Prozent auf der Basis von 1990? Die Fraktionen von SPD und Bündnis90 / Die Grünen haben positiv auf unsere Anfragen geantwortet¹. Gemeinsam mit führenden Umwelt- und Entwicklungsverbänden haben wir dann während der Verhandlungen um die Koalitionsvereinbarung massiv Druck in diese Richtung entfaltet. Nach heftigen koalitionsinternen Diskussionen wurde das Ziel in die Koalitionsvereinbarung aufgenommen². Allerdings wurde es an die Bedingung geknüpft, dass auch die EU ein 30-Prozent-Reduktionsziel beschließen müsse. Diese Bedingung ist einerseits sinnvoll, denn ein ehrgeiziges deutsches Ziel hilft den vom Klimawandel bedrohten Menschen nur dann, wenn es in ein Klimaschutz-Konzept der EU und möglichst vieler anderer Staaten eingebettet ist. Andererseits kann diese Bedingung leicht zu einer billigen Ausrede für das Nichtstun in Deutschland werden. Angesichts der Tatsache, dass in Deutschland (und Teilen der EU) in den kommenden 15 Jahren Neuinvestitionen anstehen, die entscheidend für die Zukunft des Energiesystems in den nächsten Jahrzehnten sein werden, ist ein klares Signal, welche Ziele Deutschland und die EU im Klimaschutz verbindlich anstreben, unabdingbar. Im kommenden Jahr wird die Klimadebatte in Deutschland vermutlich stark vom Streit über ein solches Ziel geprägt sein.

Der EU-Emissionshandel – Erste Verantwortungsübernahme durch die Industrie

Seit Jahren hat Germanwatch eine wichtige Rolle in der Debatte um die Einführung eines EU-Emissionshandels für Unternehmen geführt. Christoph Bals ist neben vielen Vertretern von Unternehmen, Bundestag sowie Bundes- und Landesregierungen einer der drei NGO-Repräsentanten in der Arbeitsgemeinschaft Emissionshandel, die die Bundesregierung berät. Die im Dezember 2002 beschlossene Einführung des EU-Emissionshandels könnte sich als historischer Einschnitt erweisen, weil Treibhausgase in der Industrie damit erstmals einen Marktpreis erhalten. Klimaschutzmaßnahmen werden somit belohnt, da

¹ siehe www.germanwatch.org/rio/wahl2002.htm

² siehe www.germanwatch.org/kliko/ks07.htm

die Emissionsreduktionen gehandelt werden können. Auf Unternehmen, die ihre Emissionen weiter steigern möchten, kommen hingegen hohe Kosten für den Einkauf von Zertifikaten zu. In den vergangenen 15 Jahren waren zwei große Versuche gescheitert, die Klimaschutzverantwortung der Industrie zu verankern. Sowohl die Einführung einer Wärmenutzungsverordnung durch Ordnungsrecht als auch eine zielführende Ökosteuer für Unternehmen war gegen die Industrielobby nicht durchzusetzen. Im dritten Anlauf scheint es zu gelingen, einen Klimaschutz-Rahmen für die Unternehmen zu setzen. In den Bilanzen aller treibhausgasintensiven Unternehmen wird von nun an der Ausstoß von Treibhausgasen in ihrer finanziellen Bedeutung ausgedrückt werden. Damit wird es zu einem Wirtschaftsfaktor, ob das Unternehmen eine schlüssige Strategie hat, den Ausstoß von Treibhausgasen zu verringern, oder nicht. Auf der vom WWF und e⁵ gemeinsam mit Germanwatch organisierten "emission 55" Konferenz ("Kyoto is Business") stellte die EU-Umwelt-Kommissarin Wallström den EU-Kompromiss am Morgen nach der entscheidenden Sitzung vor.



EU-Umweltkommissarin Margot Wallström auf der Abschlusskonferenz von e-mission 55 in Brüssel, 10.12.02. Foto: Gerold Kier

In den kommenden Monaten liegen nun zwei weitere zentrale Entscheidungen zum Emissionshandel vor uns. Einerseits muss in Deutschland entschieden werden, wie viel des Kyoto-Ziels (21 Prozent Treibhausgas-Reduktion bis 2012 auf der Basis von 1990) von der Deutschen Industrie und den anderen Sektoren, und wie viel in der Industrie wiederum von den einzelnen Branchen und Unternehmen geleistet werden muss. Die Erstellung dieses Allokationsplanes ist die Aufgabe der jeweils nationalen Regierungen und muss bis

31. März 2004 bei der EU-Kommission eingereicht werden.

Außerdem wird die EU im kommenden Jahr über eine Ergänzungsrichtlinie entscheiden, in der nun auch der projektbasierte Emissionshandel geregelt wird. Unternehmen sollen dadurch die Möglichkeit haben, zusätzliche Klimaschutzprojekte – etwa in Osteuropa (Joint Implementation) oder in Entwicklungsländern (Clean Development Mechanismus) – zu finanzieren. Germanwatch setzt sich stark dafür ein, dass der unter der Federführung des WWF von internationalen Wissenschaftlern und NGOs erarbeitete Gold Standard für CDM-Projekte möglichst breite Berücksichtigung findet. Der Standard stellt sicher, dass tatsächlich *zusätzliche* Projekte in Entwicklungsländern finanziert werden und dass die *lokale Bevölkerung* intensiv bei der Planung beteiligt wird. Außerdem werden nur für den Klimaschutz sinnvolle Projektkategorien wie Erneuerbare Energieträger und Energieeffizienz zertifiziert. Bei allen Projekten, bei denen Germanwatch projektbasierten Klimaschutz als zweitbeste Lösung ("second best solution") unterstützt, achten wir darauf, dass der Gold Standard zur Anwendung kommt.

Die breitflächige Einführung von Erneuerbaren Energien

Der Emissionshandel ist ein "least cost"-Instrument, d.h. er soll ermöglichen, möglichst viel Klimaschutz für möglichst wenig Geld zu erreichen. Er ist kein Markteinführungsprogramm für Erneuerbare Energieträger, die noch nicht zu den kostengünstigsten Lösungen gehören, deren massive Markteinführung aber aus vielen Gründen (nicht nur des Klimaschutzes) sinnvoll ist.

Im Jahr 2003 hat sich Germanwatch in Koalition mit vielen Umweltverbänden und auch Unternehmen der Branche massiv für den Erhalt und die Weiterentwicklung des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG) eingesetzt. Dies führte auch dazu, dass Christoph Bals in das Nationale Vorbereitungskomitee für den großen Erneuerbaren Energien Gipfel berufen wurde, der Anfang Juni 2004 in Bonn stattfinden wird. In einer Zeit, in der die UN-Klima- und Nachhaltigkeitsverhandlungen, vor allem durch das Ausscheren der USA, in einer Konsensfalle sitzen, kann diese Konferenz große

Bedeutung haben. Sie kann ein Modell entwickeln, wie Vorreiterstaaten miteinander abgestimmt auf dem Weg in die Zukunft vorantreiben können. Auf ehrenamtlicher Basis unterstützen Ulrich Denkhaus und Dörte Bernhardt Germanwatch intensiv bei den auf den Erneuerbaren Energiengipfel bezogenen Aktivitäten. Dörte Bernhardt ist im Leitungskreis des Forums Umwelt & Entwicklung verantwortlich für die zentrale Kampagne zu Erneuerbaren Energien. Im vom Forum initiierten Netzwerk Erneuerbare Energien Nord-Süd haben sich Umwelt-, Entwicklungs- und EE-Branchenverbände zusammengeschlossen, um den Gipfel zu begleiten. Im Oktober ist Germanwatch in diesem Zusammenhang einer der Unterstützer von Citizens United for Renewable Energy and Sustainability (CURES) geworden, das für die Debatte "Erneuerbare Energien und Entwicklungsländer" wichtige Akzente setzen könnte³. Germanwatch plant im Umfeld des Erneuerbaren Energiengipfels eigene Aktivitäten zu drei Themenfeldern:

- Wir wollen aufbauend auf Best-Practice-Beispielen der Finanzierung einer auf Erneuerbaren Energien beruhenden Energieversorgung der ländlichen Bevölkerung in Entwicklungsländern politische Handlungskonzepte vorschlagen.
- Gemeinsam mit der Deutschen Physikalischen Gesellschaft werden wir eine Veranstaltung zur solarthermischen Stromerzeugung als strategisch wichtige Technologie für den Sonnengürtel der Erde vorbereiten.
- Wir wollen auch Akzente zu der Frage setzen, wie das Hermes-Absicherungs-Instrumentarium in Zukunft auch für Erneuerbare Energieträger und nicht nur von fossilen Energieprojekten genutzt werden kann.

Eine besondere Chance für die weitere Vorbereitung der Konferenz "Renewables 2004" ergab sich aus der Teilnahme von Klaus Milke an der Vorbereitungskonferenz der lateinamerikanischen und karibischen Staaten in Brasilia vom 29. und 30. Oktober 2003. Er war von Bundesumweltminister Trittin als einer von vier NGO-Vertretern eingeladen worden, ihn in der Deutschen Delegation zu begleiten.

³ siehe www.ee-netz.de

Überfällig: Verantwortungsübernahme des Flugverkehrs

Der Flugverkehr ist das Klimaproblem mit dem größten Wachstumspotenzial. Der erwartete Anstieg der Flugverkehrsemissionen zwischen 1990 und 2012 wird alleine ausreichen, um alle (!) durch das Kyoto-Protokoll erreichten Emissionsreduktionen auszugleichen. In Zeiten der Billigflieger hat Germanwatch sich deshalb entschieden, hier einen deutlichen Akzent zu setzen.

Einerseits drängen wir darauf, dass sich die Politik in Deutschland, in der EU und auf EU-Ebene endlich dieses Problems annimmt. Eine EU-weite Flugverkehrsabgabe sowie Subventionsabbau für diesen Sektor sind zwei zentrale Ziele. Durch Manfred Treber war Germanwatch aktiv an der Vorbereitung eines Flugblattes aller großen zu diesem Thema in Deutschland arbeitenden Verbänden beteiligt⁴. Die Resonanz auf das Falblatt war beträchtlich und löste bis hin in die Boulevardmedien und ins Fernsehen eine lebhaftige Debatte über Billigflieger aus. Bereits im Mai 2003 hatte Germanwatch ein Briefing Papier zu den verschiedenen Subventionen für den Flugverkehr einschließlich der Billigflieger erstellt⁵.



Flyer zum Thema Luftverkehr und Billigflieger - eine Gemeinschaftsaktion von BUND, VCD, Robin Wood, Forum Umwelt & Entwicklung, DNR, BVF und Germanwatch

Im Projekt Clean Business Travel – und damit betreten wir die "Umsetzung" – geht Germanwatch gemeinsam mit ECC Kothes Klewes und e⁵ Unternehmen in NRW an, die hohe

⁴ siehe www.germanwatch.org/rio/flufly03.pdf

⁵ siehe www.germanwatch.org/rio/bpflug03.htm

Nachfrage nach Flugverkehrsleistungen aufweisen, und diskutiert mit ihnen, wie Flüge – etwa durch Einsatz von Telekommunikation – vermieden oder (auf die Bahn) verlagert werden können. Sollte beides nicht möglich sein, sollte die Erwärmungswirkung, die durch das Durchführen einer Flugreise entsteht, durch teilweisen Emissionsausgleich zur Schadensbegrenzung über Gold Standard Klimaschutzprojekte so weit wie möglich neutralisiert werden⁶.

In langen Verhandlungen mit dem Bundesumweltministerium haben wir uns darauf geeinigt ein Kooperationsprojekt "Klimabewusst fliegen" durchzuführen. Dieses soll den Rahmen dafür schaffen, dass es sich als Standard in Deutschland durchsetzt, wenn Flüge schon nicht vermieden werden können, diese zumindest durch sinnvolle Klimaschutzprojekte soweit möglich auszugleichen. Wegen der bisherigen politischen Untätigkeit, den enormen Wachstumsraten des Flugverkehrs und der sehr geringen technischen Möglichkeit zur Emissionsminderung in diesem Bereich halten wir den weitest möglichen Emissionsausgleich im Flugsektor derzeit für unverzichtbar. Es ist uns gelungen, mit Dietrich Brockhagen einen der renommiertesten Experten der Flugverkehrsdebatte als Projektleiter für dieses Projekt zu gewinnen. Im ersten Schritt wird derzeit eine verlässliche Datengrundlage zur Berechnung der durch einzelne Flüge verursachten Erwärmungswirkung erstellt.

Speziell für entwicklungspolitische Organisationen wurde am 15. Oktober 2003 ein Workshop durchgeführt, um auf das Klimaproblem Flugverkehr und konkrete Handlungsmöglichkeiten hinzuweisen⁷. Der Widerspruch zwischen dem entwicklungspolitischen Anspruch nachhaltigen Handelns – auch im eigenen Haus – und den klimaschädigenden Flugverkehrsemissionen könnte zu einer Triebfeder werden, die nicht vermeidbaren Flüge zumindest durch entwicklungspolitisch sinnvolle Klimaschutzprojekte so weit wie möglich auszugleichen. Die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) und das Nordelbische Zentrum für

⁶ siehe Projektwebsite unter www.germanwatch.org/rio/cbt.htm und Foliensatz mit Begleittext unter

www.germanwatch.org/folien/flug

⁷ siehe www.germanwatch.org/news/t031015h.htm

Weltmission und Kirchlichen Weltdienst haben nach Beratungsgesprächen durch Germanwatch bereits entsprechende Entscheidungen getroffen.



Workshop "Fliegen gefährdet das Klima - was tun?" (Bonn, 15.10.03). Foto: Gerold Kier

Derzeit recht dynamisch: Verantwortungsübernahme des Finanzsektors

Germanwatch und die Stiftung Zukunftsfähigkeit hatten eine zentrale Rolle gespielt, im Rahmen der Riester-Rente eine Berichtspflicht für alle Fonds-Anbieter durchzusetzen. Diese müssen bei Vertragsabschluss den Kunden mitteilen, ob und - wenn ja - welche ökologischen, sozialen und ethischen Kriterien sie bei der Geldanlage berücksichtigen. Gerade was die betriebliche Altersvorsorge angeht, aber auch was entsprechende Angebote der Marktführer betrifft, wurde damit eine gewisse positive Wirkung erzielt. Umso bedauerlicher ist, dass nach dem derzeitigen Entwurf für die "Vereinfachung" der Riesterrente diese Berichtspflicht wieder gekippt werden soll. Wir haben verschiedene Parlamentarier auf diese Entwicklung hingewiesen und hoffen, dass eine Änderung des Entwurfes noch erreicht werden kann.

Im Zentrum unserer Tätigkeit standen zwei Projekte, die im Rahmen der Landesagenda 21 NRW laufen. Zum einen geht es um einen Dialog mit Großanlegern wie Stiftungen, Kirchen und Gewerkschaften, damit diese bei ihren Geldanlagen zunehmend soziale, ökologische und ethische Kriterien berücksichtigen. Es ist absurd, wenn die Geldanlage dieser Akteure dazu beiträgt, kurzfristigen Shareholder Value ohne Rücksicht auf Mensch und Umwelt statt

langfristigem Stakeholder Value durchzusetzen.

Das andere Projekt deutet eine Akzentverschiebung unseres Bereiches "Nachhaltiges Investment" an, den wir in Zukunft gezielt weiterentwickeln wollen. Wir stellen die Frage: Welche Rahmensetzungen braucht der Finanzmarkt, um verstärkt eine Rolle beim Schutz globaler öffentlicher Güter übernehmen zu können. Auf den globalen Klimawandel bezogen: wie kann er dazu beitragen, eine positive Klimaschutz- und Klimaanpassungs-Dynamik anzuregen? Welche Regulierung ermöglicht es ihm, mehr Geld in die notwendigen Entwicklungen und Projekte zu stecken? Im Klimabereich ist – durch die Rahmensetzung des Kyoto-Protokolls und des EU-Emissionshandels – eine Grundlage entstanden, auf der der Finanzmarkt erstmals eine konstruktivere Rolle übernehmen kann. Vor wenigen Wochen ist im Rahmen des Carbon Disclosure Projektes⁸ zum zweiten Mal eine große Gruppe von Banken, Versicherern und Pensionsfonds aktiv geworden. Die Gruppe, die in diesem Jahr bereits über Geldanlagen von insgesamt über 9.000 Milliarden Dollar verfügt, hat die 500 größten Unternehmen der Welt aufgefordert, detailliert mitzuteilen, wie viel Treibhausgase diese emittieren und wie sie das Treibhausgas-Risiko managen.



Paul Dickinson (CDP) berichtet vom Carbon Disclosure Project (Germanwatch-Konferenz in Düsseldorf 8.10.03). Foto: Gerold Kier

In enger Absprache mit dem Carbon Disclosure Project hat Germanwatch eine "Expertenrunde Klimarisiken" etabliert, in der Experten aus führenden Banken und Versicherungen

⁸ siehe www.cdproject.net

mitarbeiten. Zentrales Thema dabei ist, wie im nächsten Schritt die Klima- und Treibhausgasrisiken tatsächlich bei der Geldanlage zunehmend Berücksichtigung finden können.



Informationsbroschüre "Klimawandel als Risikofaktor bei Kapitalanlagen"

Außerdem ist Germanwatch gegenüber Sustainable Asset Management (SAM) aktiv geworden, die mit dem Dow Jones Sustainability Index den bekanntesten Nachhaltigkeitsindex managen. Wir haben dagegen protestiert, dass BASF und RWE, die maßgeblich den Widerstand gegen den EU-Emissionshandel organisiert haben, bei diesem Best in Class-Ansatz zu den "Nachhaltigkeits-Führern" gerechnet werden⁹. Wir haben mit Freude gesehen, dass die BASF nur durch ein neues Klimaschutzprogramm einen Rauschmiss vermeiden, aber um ein Down-Rating nicht herumgekommen ist. Dieses Einzelbeispiel zeigt noch einmal, dass die Lenkungswirkung der nachhaltigen Geldanlage tatsächlich vorhanden ist.

Dialog mit der Wirtschaft

Konfrontation oder Kooperation – in diesem Spannungsfeld steht die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen und "Globalisierungskritiker/innen". Für das Aufdecken von Missständen und das Aufzeigen von Problemen eignet sich die Konfrontation gut. Die Arbeit von Germanwatch ist aber auch von der Erfahrung geprägt, dass der notwendige öffentliche Protest nicht wie ein Blitz in die Feder des Gesetzgebers fährt und ihr eine neue Richtung gibt. Gegen den geschlossenen Widerstand der Wirtschaft lassen sich in modernen Industriestaaten in aller Regel nur Fortschritte im Kleinstformat durchsetzen. Germanwatch fragt

deshalb nach dem Protest weiter: Welche Unternehmen oder Gewerkschaften könnten ein Interesse daran haben, sich für den gewünschten sozialen und ökologischen Fortschritt einzusetzen? Welche politischen Rahmensetzungen würden es einer wachsenden Zahl von Unternehmen oder anderen gesellschaftlichen Gruppen erlauben, eine konstruktive Rolle zu spielen?

Weil wir wissen, dass dies die Erfolgsaussichten erheblich steigert, suchen wir nach strategischen Allianzen. Beispiel Klimaschutz: Wir haben erlebt, wie – in engem Dialog mit Germanwatch – Unternehmerinitiativen wie e⁵ oder e-mission 55 bzw. die Finanzinitiative der UNEP und sogar einzelne Ölkonzerne (vor allem BP) mit mutigem Engagement konstruktiv die Verhandlungen für das Kyoto-Protokoll vorangetrieben haben. Und das gegen den erbitterten Widerstand anderer Unternehmen, wobei Exxon eine führende Stelle als Bremsen eingenommen hat.

Wir haben durch den Dialog mit konstruktiven Partnern aus der Wirtschaft viel gelernt. Eine fundamentale Einsicht trennt unseren Ansatz allerdings von vielen fruchtlosen Dialogveranstaltungen zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft: Ernsthafte Ergebnisse sind nur zu erwarten, wenn es bei der zu lösenden Frage eine Schnittmenge zwischen den Interessen des Unternehmens und unseren politischen Zielen gibt. Wenn das nicht vor dem Dialog sauber analysiert oder spätestens im Dialog herausgearbeitet wird, sind die Gespräche meist verlorene Zeit. Dazu sind die Herausforderungen, die vor uns liegen, zu ernst.

Zweite Verantwortung: Anpassung an den Klimawandel und Klimaopfer unterstützen

Das Ausmaß der Treibhausgas-Reduktionen wird darüber entscheiden, ob Millionen, viele Millionen oder gar Milliarden von Menschen existenziell durch den globalen Klimawandel betroffen sein werden. Klar ist aber: ein Teil des globalen Klimawandels lässt sich nicht mehr verhindern, er zeitigt bereits heute seine Konsequenzen. Am stärksten ist die arme Bevölkerung in Entwicklungsländern betroffen. Sie sind direkt von der Landwirtschaft und damit vom Wetter abhängig. Sie haben nicht

⁹ siehe www.germanwatch.org/pubzeit/z52brief.htm

die Möglichkeiten für aufwendige Anpassungsmaßnahmen (Deichbau, etc.). Ihnen fehlt die Kaufkraft, sich auf dem internationalen Markt mit Ersatzgütern versorgen zu können. Gerade auch durch die Wetterextreme der vergangenen fünf Jahre sind die Weizenreserven auf einen Tiefstand gesunken und die Preise steigen dementsprechend.

Im Rahmen der Klima-AUSBADE-Kampagne haben wir im März 2003 gemeinsam mit der Münchener Rück einen hochkarätig besetzten Workshop "Klima-Versicherung für die Nicht-Versicherbaren" durchgeführt. Die zentrale Fragen waren: Welche Unterstützungssysteme kann es für die vom Klimawandel betroffene Bevölkerung geben, die sich keinen Versicherungsschutz leisten kann? Wie können – mittelfristig – die wichtigsten Verursacher des globalen Klimawandels dazu gebracht werden, zur Finanzierung solcher Systeme beizutragen? In weiteren Workshops mit dem weltweit größten Rückversicherer wollen wir die Beantwortung dieser Fragen vorantreiben.

Wenig später gab es dann in Bonn eine UN-Tagung zum Thema, ob und wie Versicherungen beim Klima-Folgen-Management in Entwicklungsländern eine Rolle übernehmen können. Als einzige deutsche NGO war Germanwatch dabei durch Britta Horstmann und Christoph Bals vertreten.

Im Rahmen der UN-Klimaverhandlungen führte die Stiftung Zukunftsfähigkeit zusammen mit der GTZ einen "Adaptation Day" durch. Ziel dieser Veranstaltung war, dass zentrale Verhandler der EU und anderer relativ konstruktiver Industriestaaten sowie von zentralen Entwicklungsländern besser einschätzen können, welche komplexen Interessen sich hinter den bei den formalen Verhandlungen vorgetragenen Positionen befinden; und wie einige der Gesprächsblockaden, die gerade beim Klimagipfel in New Delhi so überdeutlich waren, aufgebrochen werden könnten. Wieder einmal zeigte sich, dass die Stiftung Zukunftsfähigkeit Rollen übernehmen kann, die Germanwatch selber nicht übernehmen könnte.

Wir haben begonnen, anhand von konkreten Fallbeispielen die unterschiedlich starke Betroffenheit der Entwicklungs- und Industrieländer zu verdeutlichen. Diese Fallbeispiele

wollen wir so aufbereiten, dass sie in der Öffentlichkeitsarbeit und auch für die Medien gut verwendbar sind.

Anfang des kommenden Jahres werden wir einen Workshop durchführen, der mit internationalen Experten die Frage diskutiert, wie eine Art Index aussehen könnte, der politischen Druck auf Regierungen ausübt, mehr zur Vorsorge gegen Klimarisiken zu machen. Wir haben auch begonnen, einen solchen Index entwickeln, der das Ausmaß an Klimaschutzaktivitäten abzeichnet. Aber der auf die Verringerung der Vulnerabilität und Anpassungsmaßnahmen bezogene Index ist wesentlich komplexer und wirft mehr Fragen auf. Derzeit wollen wir prüfen, ob – und wenn ja: wie – sich eine solche Idee umsetzen lässt.

Ausgehend von einer Studie des ökumenischen Weltrates der Kirchen ("Solidarity with Victims of Climate Change"¹⁰) haben wir mit verschiedenen Akteuren der Kirchen und der kirchlichen Hilfswerke einen Dialog begonnen, wie auf eine stärkere Verantwortungsübernahme der Industrieländer gegenüber den durch den Klimawandel Geschädigten hingearbeitet werden könnte.

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgen wir auch die Entwicklung, dass es immer wahrscheinlicher wird, dass Klimaopfer von großen Treibhausgas-Emittenten finanziellen Schadensersatz erklagen wollen. Verschiedene Klagemöglichkeiten werden geprüft, vor allem gegen Unternehmen und Regierungen der Kyoto-Blockierer USA und Australien. Angesichts der organisierten Verantwortungslosigkeit wichtiger Regierungen scheint die Option, auf Klagen zu setzen, an Bedeutung zuzunehmen. Germanwatch verfolgt diese Debatte aktiv und unterstützt das neu gegründete Netzwerk Climate Justice¹¹. Gerade Unternehmen, die aktiv die Klima-Skeptiker-Wissenschaft finanzieren oder politische Regulierungen verhindern, könnten ins Kreuzfeuer solcher Aktivitäten geraten. Aber auch Finanzinstitute, die bei langfristiger Geldanlage die Treibhausgasrisiken der Unternehmen nicht berücksichtigen.

¹⁰ siehe www.wcc-coe.org/wcc/what/jpc/climatechange.pdf

¹¹ siehe www.climatelaw.org



Eines der drei Gewinnermotive aus dem Postkarten-Wettbewerb der Klima-AUSBADE-Kampagne. Gestaltung: Petra Pinger.

Durch einen von Britta Horstmann zusammen mit Heike Ifland organisierten Postkartenwettbewerb, bei dem vier Preise ausgelobt wurden, haben wir für die Themen der Klima-AUSBADE-Kampagne durch ein für uns völlig neues Medium der Öffentlichkeitsarbeit gewonnen.

Vernetzung mit der Zivilgesellschaft

Germanwatch hat auch was die Klima-Aktivitäten angeht seine intensive Vernetzung mit Nichtregierungsorganisationen fortgesetzt. Dies ist für einen Verein mit relativ wenigen Mitgliedern zur Wahrung der Legitimität seines Tuns wesentlich.

So ist Manfred Treber Koordinator bei der Arbeitsgruppe Klima des Forum Umwelt & Entwicklung und arbeitet gemeinsam mit Dörte Bernhardt im Arbeitskreis Flugverkehr des Deutschen Naturschutzrings mit. Internationale Pendanten dafür sind die Mitgliedschaft von Germanwatch bei Climate Action Network Europe (CAN Europe) und die Rolle von Manfred Treber als Mitglied in der Steering Group des internationalen Flugverkehrs-Informationsnetzwerks GreenSkies.

Im Klimabereich allgemein war das Verfassen eines ausführlichen Papiers durch die AG Klima über die NRO-Forderungen zur Klimapolitik bis zum Jahr 2020¹² hervorstechend, wozu Manfred Treber als AG Klima-Koordinator den Anstoß gab und die Erstellung (mit Sammlung der Positionen der unterstützenden Verbände) in der Hand hielt. Ende letzten Jah-

res hatte Germanwatch die auf dem Klimagipfel in Neu Delhi von CAN verabschiedete Position über die Langfristziele von CAN (bis 2050) ins Deutsche übersetzt¹³.

Im Rahmen des etwa zehn mal im Jahr versandten Newsletters "KlimaKompakt" werden gezielt Entscheidungsträger – wie auch die interessierte Öffentlichkeit – über aktuelle wichtige Entwicklungen im Klimaschutz und in der Klimawissenschaft informiert. Der Verteiler hat eine immer größere Reichweite – derzeit umfasst er über 3000 Adressaten. Immer häufiger werden die Beiträge in verschiedensten Publikationen zitiert.

Ausblick

Wir sehen einige Entwicklungen, die es in unseren Augen wahrscheinlich machen, dass in absehbarer Zeit das Thema des globalen Klimawandels wieder deutlich mehr gesellschaftliche Aufmerksamkeit finden wird. Zum einen ist damit zu rechnen, dass die Zunahme der Wetterextreme mit ihren unübersehbaren Folgen allmählich den Handlungsdruck erhöht. Zumindest der Verdacht, dass dies mit dem globalen Klimawandel zusammenhängt, ist auch in der breiten Bevölkerung schon weit verbreitet. Es könnte sogar sein, dass es zu aufsehenerregenden Schadensersatzprozessen kommt. Die Techniken, die Abhilfe schaffen könnten, sind weltweit auf dem Vormarsch. Die nächsten zehn Jahre könnten hier zu Durchbrüchen verhelfen, die die Kosten solcher Techniken weiter senken und immer mehr Arbeitsplätze in den Dienst des Klimaschutzes stellen. Damit verschieben sich die Lobbygewichte in der Gesellschaft zunehmend in eine konstruktive Richtung. Der Finanzmarkt beginnt angesichts der Klima- und Treibhausgasrisiken zunehmend konstruktiven Druck auf die Unternehmen zu entwickeln. Wir glauben allerdings, dass das Thema nur dann wirklich eine wichtige Rolle in Politik und Öffentlichkeit spielen wird, wenn die Zivilgesellschaft wirklich aktiv wird. Wir verfolgen mit viel Sympathie die aktuelle Debatte, ob es im Jahr 2005 größere Aktivitäten der Umwelt- und Entwicklungsverbände oder gar eine zentrale Klima-Großdemonstration geben könnte.

¹² siehe www.germanwatch.org/rio/spd2020.htm

¹³ siehe www.germanwatch.org/kliko/ks10.htm

Ernährung sichern – für einen fairen Agrarhandel

Ungerechtigkeiten im Welthandel beseitigen, das Recht auf Nahrung verwirklichen, heißt im Kontext des Agrarhandels vor allen Dingen, Dumping zu beenden und den Schutz der lokalen Grundnahrungsmittelproduktion im Süden zu gewährleisten. Das eigentliche Problem der sog. handelsverzerrenden Subventionen ist nicht der Tatbestand der Subventionierung an sich, sondern dass sie Dumping verursachen. Sowohl in der EU-Agrarpolitik als auch in den WTO-Agrarverhandlungen wird dieser Dumping-Ansatz aber nur ungenügend berücksichtigt. Die Kampagne "Unterbieten-Verbieten" setzt genau hier an. Mit "Unterbieten-Verbieten" strebt Germanwatch eine Beendigung des Dumpings und die Verankerung von effektiven Schutzinstrumenten für Entwicklungsländer in der WTO an. Das EU-Subventionssystem muss derart umgestaltet werden, dass es den Schutz der natürlichen Ressourcen, den Erhalt der Biodiversität und die Sicherung der Existenz der Bauern in der EU, aber auch im Süden ermöglicht. Um diese Ziele zu erreichen, arbeitet Germanwatch zusammen mit strategisch wichtigen Partnern auf der multilateralen und nationalen bzw. europäischen Ebene. Zunehmend wird dabei auch die Verantwortung des deutschen Agro-Business in die Arbeit miteinbezogen.

"Unterbieten-Verbieten" – eine Kampagne gegen Dumping im Agrarbereich

Der Startschuss für die Kampagne "Unterbieten-Verbieten" fiel bei der Grünen Woche. Germanwatch, FIAN und der Weltladendachverband haben mit einem attraktiv gestalteten Stand, mit dem interaktiven Medium "Hauden-Lukas" – Schlagen für gerechte Preise – und mit Standgesprächen die Öffentlichkeit, Ministerin Künast, Bundestagsabgeordnete und Ministerialbeamte des BMVEL und des BMZ auf die Dumping-Problematik aufmerksam gemacht. Gleichzeitig wurden Unterschriften für die gemeinsam initiierte Postkartenaktion "Billige Lebensmittel machen Hunger" gesammelt, die von einem außergewöhnlich breiten Bündnis von Entwicklungs-, Umwelt-, Verbraucherschutzorganisationen, ländlichen Bewegungen und dem Attac-Agrarnetz mitge-

tragen wurde. Dazu zählen u.a. EED, Misereor, Brot für die Welt, Oxfam, FoodWatch, Naturland, NABU, Katholische und evangelische Landjugend, Katholische Landfrauenbewegung in Münster, AbL. Mehr als 20.000 Menschen richteten sich mit folgenden Forderungen an Ministerin Künast:

- Abschaffung von Exportsubventionen
- Umwidmung von Subventionen zugunsten von Umwelt und Entwicklung
- Entwicklungsländer müssen das Recht zugestanden bekommen, sich gegen subventionierte Billigimporte zu schützen.

Die Postkarten, E-Mails und Fotos vom Weltladen-Dachverband wurden Ministerin Künast Anfang Juli übergeben.



Aktionspostkarte an Renate Künast. Rund 5000 Menschen forderten die Ministerin damit auf, bei der WTO-Konferenz in Cancún die Belange der Entwicklungsländer angemessen zu berücksichtigen. Gestaltung: Angela Semmelroth.

Um die desaströsen Auswirkungen der Dumping-Politik in der EU zu veranschaulichen, lässt Germanwatch Betroffene zu Wort kommen. Besucher aus Burkina Faso und der Mongolei berichteten vom Dumping im Baumwoll- respektive Rindfleischbereich (Juni, Kooperation mit dem EED). In Zusammenarbeit mit "Kontraste" konnten Milchbauern in Jamaika via TV (September) erzählen, wie EU-Exporte von gedumptem Milchpulver den Milchsektor schädigten. Auf Einladung von Germanwatch und EED kam Steve Suppan, Vertreter des renommierten "Institute for Agriculture and Trade Policy" in Sachen US-Dumping im September nach Berlin für Gespräche mit dem Bundeswirtschaftsministeri-

um (BMWA), Staatssekretär Berninger vom Bundesverbraucherministerium (BMVEL), der Vorsitzenden des Agrarausschusses Dr. Däubler-Gmelin, Vertretern der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU und mit interessierten NGOs.

Internationale (Agrar-)Handelspolitik

Bei den WTO-Agrarverhandlungen analysierte und bewertete Germanwatch den EU-Vorschlag, die beiden Entwürfe vom Verhandlungsleiter Harbinson und das gemeinsame EU/US-Papier im Hinblick auf ihren Beitrag zur Beendigung des Dumpings als auch zum Schutz der Grundnahrungsmittelproduktion im Süden.

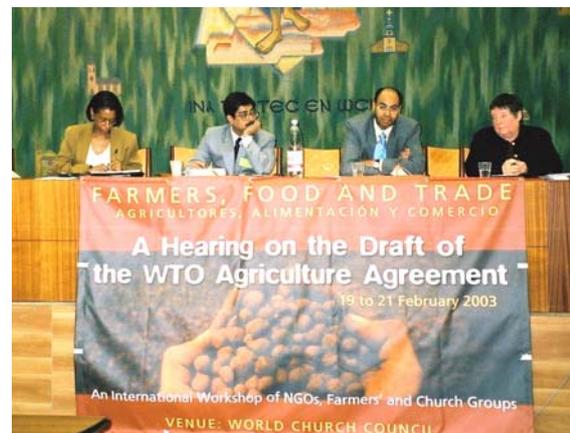


Germanwatch-Agrarreferentin Marita Wiggerthale übergibt ein Gebiss an Stuart Harbinson, den Vorsitzenden des WTO-Landwirtschaftskomitees, für seinen ersten Agrarvertragsentwurf. Dem darin enthaltenen Konzept der 'strategischen Produkte' fehlen die Zähne, urteilte Germanwatch (Berlin, 14.3.03). Foto: Heike Ifland.

Ebenso brachten wir unsere Kritik an den undemokratischen und untransparenten Entscheidungsstrukturen in der WTO vor, denn nur eine volle und gleichberechtigte Partizipation der Entwicklungsländer kann zu positiven Ergebnissen führen. Eine Analyse der gesamten Vorschläge im Rahmen der WTO-Agrarverhandlungen zu Sonderregelungen für Entwicklungsländer offenbart, dass bezeichnenderweise genau jene Vorschläge ignoriert wurden, die entweder die Struktur des Agrarabkommens und damit die Ausnahmeregelungen für die Industrieländer in Frage stellen oder die gegen das Liberalisierungsdogma der WTO gerichtet sind. Und selbst diejenigen Vorschläge, die aufgegriffen wurden, sind im Laufe des Verhandlungsprozesses stark verwässert wor-

den. So bleibt z.B. von der Sonderbehandlung für Grundnahrungsmittel im Bericht von Harbinson an das WTO-Verhandlungskomitee und im EU/US-Papier nichts mehr übrig.

Zusammen mit FIAN und dem Forum Umwelt & Entwicklung wurde eine ausführliche Bewertung des ersten Harbinson-Entwurfs für einen neuen Agrarvertrag präsentiert. Ein gemeinsames Papier zu den WTO-Agrarverhandlungen wurde erstmalig zusammen mit dem Deutschen Bauernverband (DBV), der kirchlichen Landarbeit und Umwelt- und Entwicklungsverbänden erarbeitet. Inwieweit sich diese Strategie in Bezug auf den DBV auszahlt, bleibt abzuwarten. Kernpunkt des Papiers waren zum einen die Anerkennung der notwendigen Beibehaltung von finanzieller Unterstützung einer multifunktionalen Landwirtschaft und die Unterstützung der Forderung nach einer "Development Box", d.h. das Recht der Entwicklungsländer, ihre Landwirtschaft im Rahmen des Grundnahrungsmittelbedarfs zu schützen und von Liberalisierungsschritten auszunehmen. Jenseits des Minimalkonsenses mit dem DBV präsentierten Umwelt- und Entwicklungsorganisationen ihre gemeinsamen Positionen zu den WTO-Agrarverhandlungen kurz vor Cancún. Darüber hinaus wies Germanwatch auf die Defizite der vorgelegten Agrarvorschläge bei Gesprächen und/oder Veranstaltungen mit Minister Clement, Staatssekretär Tacke, Ministerin Künast, Staatssekretär Berninger und MdBs hin. Insbesondere mit dem BMVEL bestand ein kontinuierlicher Dialog.



Internationales NGO-Hearing zu den WTO-Agrarverhandlungen (Genf, Februar 2003)

Neben Gesprächen mit der Direktion Landwirtschaft in Brüssel wurde bei zwei Aufent-

halten in Genf im Februar und Juni diesen Jahres der Austausch insbesondere mit Unterhändlern von Entwicklungsländerseite gesucht. Auf Anfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung fand ebenso ein Informationsgespräch zusammen mit dem beninischen Handelsminister zu diesem Thema statt.

Den Geist von Rio ins Agrarabkommen zu bringen, war das Anliegen eines von Euronatur und Germanwatch organisierten Expertenworkshops, der vom 29.6.-2.7.2003 auf der Insel Vilm stattfand. Ausgangspunkt war das Bestreben, Nachhaltigkeitsaspekte stärker in den Agrarverhandlungen zu berücksichtigen. Experten aus dem Umwelt- und Handelsspektrum aus Nord und Süd stellten sich der Frage, wie das Agrarabkommen den Anliegen einer nachhaltigen ländlichen Entwicklung in Nord und Süd Rechnung tragen könnte und sollte. Mit diesem Workshop leisteten die Organisatoren einen wesentlichen Beitrag zu der vernachlässigten Debatte um die Wechselbeziehungen zwischen Handel, Entwicklung und Umwelt im Agrarbereich. Wegweisend war aus Germanwatch-Perspektive insbesondere der Zusammenhang zwischen Dumping und Umweltzerstörung im Süden sowie die Frage, welche Art von Agrarsubventionen aus Sicht der SüdvertreterInnen "akzeptabel" sind und wie eine Balance zwischen den Interessen in Nord und Süd hergestellt werden könnte.¹⁴

Im Rahmen der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit rund um das Thema Agrarverhandlungen sind insbesondere ein Workshop in Iserlohn im März und während der Attac-Sommerakademie in Münster im August sowie zwei Workshops bei der Konferenz "Fatal-Global! Fakten – Folgen – Alternativen. Die 5. WTO-Ministerkonferenz" zu nennen. Die Konferenz "Fatal Global!", die von einem breiten Bündnis von Gewerkschaften, Entwicklungs- und Umwelt-NGOs, kirchlichen Verbänden und Attac getragen wurde, ist von Germanwatch intensiv mit vorbereitet worden. Mit 700 Teilnehmern ist diese Groß-Veranstaltung, die am 5. und 6. September stattfand, als Erfolg zu bewerten.

Mit der neuen Zeitschrift "Blickpunkt WeltHandel"¹⁵ richtet sich Germanwatch gezielt an jederfrau/jedermann mit verständlichen Hintergrundinfos und einem lesefreundlichen Layout. Sie erfährt ein positives Echo, was sich auch in einer beträchtlichen Zahl neuer Abonnenten niederschlägt. Mit einer Sonderseite zu Cancún und der Herausgabe von "Bridges Daily" während der Ministerkonferenz bot Germanwatch darüber hinaus ein reichhaltiges Angebot an Informationen rund um Cancún inkl. eines täglichen Pressespiegels¹⁶.

The image shows the cover of the Germanwatch magazine 'Blickpunkt WeltHandel', issue 1, August 2003. The main headline is 'Geheimvolle Verhandlungen im "green room"...' with a sub-headline 'Was läuft nach Cancún: Informelle Entscheidungsfindung in der WTO'. There is a small photo of a group of people. A table of contents is visible on the right side.

• Eine Abbildung von Entwicklungshilfen in der WTO	3
• Die Auswirkungen der WTO auf die Entwicklungsländer	4
• Interview mit Santiago Perez	5
• Handelsliberalisierung und die regionalen Abkommen	6
• Keine Aussicht auf Erfolg: Die Suche nach einem geeigneten Weg zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele	9
• Handel und Umwelt: Ein schwieriges Verhältnis	11
• Handel, Umwelt und Frieden	12
• Entwicklungsländer	14
• Demokratien als	15
• Termine	17

Blickpunkt WeltHandel - die neue Germanwatch-Zeitschrift mit Infos rund um die WTO und Welthandelsfragen

Die zeitnahe und kompetent kritische Pressearbeit bei den Agrarverhandlungen, aber auch den Mini-Ministerkonferenzen ("Geheimclub") spiegelte sich in einer sehr guten Presseresonanz wider. Das große Interesse an den von Germanwatch organisierten Medienworkshops in Bonn und Berlin im Vorfeld der WTO-Ministerkonferenz ist ein weiterer Beleg dafür. Darüber hinaus nahm Germanwatch zu den Agrarverhandlungen Stellung beim Medienworkshop von WEED, beim zusammen vom Forum Umwelt & Entwicklung und der "Welthandelskampagne – Gerechtigkeit Jetzt!" organisierten Pressegespräch und auf der Pressekonferenz im Rahmen von "Fatal Global".

Nach Cancún war in vielerlei Hinsicht vor Cancún. Der Ausspruch von Ministerin Künast "NGOs feierten auf dem Rücken der Ärmsten"

¹⁴ Ausführliche Workshopdokumentation unter: <http://www.germanwatch.org/tw/vilm2003.htm>

¹⁵ siehe www.germanwatch.org/tw/bpwh.htm

¹⁶ siehe www.germanwatch.org/tw/cancun03.htm

hatte die Berichterstattung in Deutschland geprägt. In Zeitungskomentaren machte Germanwatch die Widersprüchlichkeit zwischen der Rhetorik von Ministerin Künast und der EU/USA und ihren Verhandlungspositionen deutlich. Artikel wurden in mehreren entwicklungspolitischen Medien platziert und Gespräche mit Ministerin Künast und der EU-Kommission in Brüssel geführt. Bei der NRW-Konferenz "Welthandel gerecht gestalten" im Oktober organisierte Germanwatch das Forum "Welthandel geht uns alle an", bei der eine Auswertung von Cancún präsentiert und Möglichkeiten der Mobilisierung im Rahmen der "Welthandelskampagne Gerechtigkeit Jetzt!" diskutiert wurden. Mitte Oktober fand die gemeinsame Cancún-Auswertungskonferenz von Germanwatch, EED, FIAN und Weltladen-Dachverband in Berlin statt. Sie bestand aus einem Workshop-Teil mit Südvertretern aus Indien und Mexiko und einem offiziellen Teil mit politischen Entscheidungsträgern aus dem BMVEL und der EU-Kommission. Während von zivilgesellschaftlicher Seite auf die schwerwiegenden Defizite des Derbez-Textes im Agrarbereich (aber auch insgesamt) als auch auf die Notwendigkeit einer Revision des EU-Mandats (u.a. Fallen lassen der vier Singapur-Themen) hingewiesen wurde, ist die EU-Kommission nicht bereit, auf die Entwicklungsländer zuzugehen.

Der Prozess zum Recht auf Nahrung in der FAO

Beim Welternährungsgipfel in Rom 2002 wurde die Einrichtung einer zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe zur Erarbeitung von freiwilligen Richtlinien zur Umsetzung des Rechts auf angemessene Nahrung beschlossen. Dieser Prozess wird von Verbraucherschutz- und Landwirtschaftsministerin Künast sehr unterstützt. Germanwatch ist Teil der deutschen Koordinierungsgruppe und nimmt an Konsultationen des BMVEL mit NGOs teil. Schwerpunkt ist auch hier das Aufzeigen der Wechselbeziehungen zwischen internationalen Agrarhandelsregeln bzw. EU-Subventionen und der Verwirklichung des Rechts auf Nahrung. Gemeinsam mit anderen beteiligten NGOs (FIAN Deutschland, Justitia et Pax, Brot für die Welt, Misereor etc.) reichte Germanwatch bei der FAO seine Forderungen ein und unterstützte ebenso das gemeinsame NGO-Papier, koordiniert von FIAN International.

Die Reform der Europäischen Agrarpolitik

Die Luxemburger Beschlüsse markieren einen weiteren Meilenstein in der Reform der Europäischen Agrarpolitik. Sie eröffnen Chancen für eine nachhaltigere Landbewirtschaftung in der EU, sind aber entwicklungspolitisch als nicht ausreichend zu bewerten. Dies liegt an den eingefügten Ausnahmeregelungen bei der "Entkoppelung" der Subventionen von der Produktion und dem begrenzten Anwendungsbereich auf einige der Marktorganisationen. Bei Reis, Zucker, Baumwolle und Tabak stehen die Reformen noch aus. Dies führt letztendlich zu der Beibehaltung der sog. "Blauen Box" (teilweise entkoppelte Direktzahlungen), die nach der Marktpreisstützung und den Exportsubventionen das problematischste Dumping-Instrument darstellt. Mit einer Pressemitteilung "Entkoppelte Agrardebatte"¹⁷ kritisierten Germanwatch, FIAN und der Weltladen-Dachverband die mangelnde Berücksichtigung entwicklungspolitischer Aspekte bei der Reform der Europäischen Agrarpolitik.

Die Welthandelskampagne – Gerechtigkeit Jetzt!

Mit der Welthandelskampagne¹⁸ soll die handelspolitische Debatte raus aus der Expertecke geholt und in die breite Öffentlichkeit getragen werden. Gemäß dem Motto "Welthandel geht uns alle an!" sollen komplexe Sachverhalte an den Mann / die Frau gebracht werden.



**GERECHTIGKEIT
JETZT!
DIE WELTHANDELSKAMPAGNE**

Logo der Kampagne "Gerechtigkeit Jetzt!", die von Germanwatch mitinitiiert wurde

¹⁷ siehe

www.germanwatch.org/pubpress/p030611a.htm

¹⁸ siehe www.gerechtigkeit-jetzt.de

Das Ziel ist eine breite Mobilisierung der Öffentlichkeit. Im bisherigen Verlauf der Verhandlungen waren die Industrieländer trotz proklamierter "Entwicklungsrunde" nicht bereit, auf Forderungen des Südens einzugehen. Damit sich das ändert, wurde "Gerechtigkeit Jetzt!" im Mai gestartet.

Germanwatch hat diese Kampagne mit seiner aktiven Teilnahme im Arbeitsausschuss aktiv vorangebracht. Anfang November fand eine Auftaktveranstaltung in Hannover statt, mit dem Ziel, den Trägerkreis von derzeit 13 Organisationen zu vergrößern und die Kampagne bekannter zu machen.

Sonder- und Vorzugsbehandlung für Entwicklungsländer

Das Konzept der Sonder- und Vorzugsbehandlung (S&DT) fand bereits im GATT seine Berücksichtigung. Ein präferentieller Marktzugang, geringere Verpflichtungen, die notwendige, politische Handlungsspielräume erhalten, und geringere Erwartungen hinsichtlich der Anwendung der GATT-Regeln waren die Hauptmerkmale. Eines der leitenden Prinzipien des S&DT war die Akzeptanz der Ausnahme von der Regel, d.h. der Reziprozität. Mit den Uruguay-Abkommen und der Gründung der WTO vollzog sich ein Wandel im Verständnis des S&DT. An die Stelle der Berücksichtigung spezifischer Entwicklungsprobleme trat die Anerkennung von spezifischen Umsetzungsproblemen bei den verschiedenen Abkommen.

Germanwatch beobachtete während der bisherigen Verhandlungen, inwieweit die Sonder- und Vorzugsbehandlung als ein Kernanliegen von Entwicklungsländern berücksichtigt wird. Sowohl die Verhandlungen im Agrar- und Industriegüterbereich als auch die Verhandlungen

der S&DT selbst verdeutlichen die dramatische Erosion des Konzeptes im Kontext der WTO. Diese Feststellung erfordert eine grundlegende Diskussion darüber, wie angesichts des dominanten politischen Mainstreams in Richtung Liberalisierung und Deregulierung die Marginalisierung von benachteiligten Gruppen verhindert und politische Handlungsspielräume in Entwicklungsländern zurückgewonnen werden können. Germanwatch will im nächsten Jahr einen Beitrag zu dieser wichtigen Diskussion leisten.

Ausblick

Germanwatch wird in unterschiedlichen Kooperationen weiterhin die Ziele der Kampagne "Unterbieten-Verbieten" verfolgen. Ungerechtigkeiten im Weltpolitikhandel bilden den Schwerpunkt der Kampagne "Gerechtigkeit jetzt!" im ersten Halbjahr 2004. Damit bietet sich die Möglichkeit, das Thema Dumping und den notwendigen Schutz der Grundnahrungsmittelproduktion einer breiteren Öffentlichkeit zu vermitteln. Zusammen mit Euronatur wird eine intensivere Arbeit mit Unterhändlern in Genf rund um das Thema Dumping, Nachhaltigkeit und entkoppelte Direktzahlungen ("Grüne Box") angestrebt. In einem zweijährigen breiten Konsultationsprozess soll darüber hinaus mit der AbL (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft) eine entwicklungspolitische Neuorientierung der Europäischen Agrarpolitik erarbeitet werden. Mit FIAN und dem Weltladen-Dachverband wird eine Weiterführung des bestehenden EU-Projekts zum internationalen Agrarhandel geplant. In Kooperation mit RioKonkret und KodexWatch wird zudem die Rolle des Agro-Business im Kontext von Dumping untersucht werden. Auch werden wir nach Cancún ein Auge auf die Regionalabkommen haben.

Unternehmensverantwortung für Nachhaltigkeit und gerechte Entwicklung

Neben den Staaten und jedem Einzelnen sind auch die Unternehmen für eine nachhaltige und gerechte Entwicklung verantwortlich und müssen zur Rechenschaft über ihr Handeln gezogen werden. International verbindliche Regelungen für das Verhalten von Unternehmen existieren bislang nicht, jedoch gibt es international anerkannte Standards und eine zunehmende Anzahl von mehr oder weniger freiwilligen Vereinbarungen. Germanwatch setzt sich für weltweit verbindliche Regulierungen für Unternehmen ein. Um diesem Ziel näher zu kommen, prüfen wir im Rahmen des Projektes KodexWatch¹⁹ an den OECD-Leitsätzen für Multinationale Unternehmen beispielhaft, welchen Beitrag diese für verantwortliches Unternehmensverhalten leisten können. Wir haben die OECD-Leitsätze gewählt, weil dieses Instrumentarium im Vergleich zu anderen existierenden Ansätzen relativ umfangreich ist, die Regierungen involviert sind und ein Beschwerdemechanismus existiert. Aber auch weitere Themen und Instrumente im Bereich der Unternehmensverantwortung sind in unserem Fokus, wie die verschiedenen Aktivitäten in diesem Bereich zeigen. Einen besonders vielversprechenden Ansatz stellen dabei die UN-Normen für Unternehmen dar (s.u.).

Arbeit zu den OECD-Leitsätzen in Deutschland

Die Arbeit der Nationalen Kontaktstelle als staatliche Umsetzungsinstanz für die OECD-Leitsätze war auch in diesem Jahr in unserem Watch-Fokus. Während der Sitzungen des Arbeitskreises OECD-Leitsätze im BMWA (Bundeswirtschaftsministerium) brachten wir unsere Positionen in die Debatte und insbesondere zu den von uns vorgebrachten Fällen gegen Continental und gegen BP Deutschland (letztere gemeinsam mit anderen NGOs) ein. Als Vernetzungs- und Koordinationsstelle für die NGO-Arbeit zu den Leitsätzen haben wir auch die anderen Fälle vertreten und außerhalb der Sitzungen die NGO-Positionen zusammengetragen und an das BMWA formuliert. Wir

beobachten derzeit insbesondere von Seiten der deutschen Kontaktstelle eine sehr eingeschränkte Auslegung der OECD-Leitsätze, sei es bei der Frage um die Reichweite bei Handels- und Zulieferbeziehungen, bei der Verantwortung im Rahmen von Kreditvergabe oder anderen Dienstleistungen oder wenn es um Fragen der Vertraulichkeit von Fallinformationen geht. Hier ist die kritische Stimme von NGOs wichtig, die Germanwatch bei den Sitzungen eingebracht hat oder durch Briefe an das BMWA, Stellungnahmen oder bei Veranstaltungen verdeutlicht. Um die Frage der Verantwortung von Unternehmen im Rahmen von Zuliefer- und Handelsbeziehungen und deren Relevanz und Reichweite für die Leitsätze genauer zu erörtern und ggf. Kriterien zu entwickeln, organisiert Germanwatch gemeinsam mit dem Evangelischen Entwicklungsdienst, TU-AC (Gewerkschaftsgremium bei der OECD) und dem OECD Berlin Centre Anfang Dezember einen Fachworkshop²⁰. Bislang wurden in Deutschland seit der Überarbeitung der Leitsätze im Jahr 2000 sechs Beschwerdefälle eingereicht, davon 5 Fälle von NGOs. Bei insgesamt 12 Beschwerdefällen von NGO-Seite kommt damit ein recht hoher Anteil aus Deutschland. Trotzdem sind die Leitsätze außerhalb der in dem Thema engagierten NGOs noch nicht genügend bekannt. Das ist sicher nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die OECD-Leitsätze von offizieller Seite nicht ausreichend bekannt gemacht werden und der viel unverbindlichere Global Compact derzeit stärker propagiert wird. Bei den OECD-Leitsätzen wird außerdem von Regierungsseite die Freiwilligkeit immer wieder stark in den Vordergrund gestellt. Für Germanwatch sind jedoch die Leitsätze nicht zuletzt wegen der staatlichen Einbindung und Verpflichtung und wegen des Beschwerdemechanismus interessant. Um letzteren für andere Interessierte stärker nutzbar zu machen, hat Germanwatch eine Beschwerdeanleitung erstellt und wird in Kürze ein Toolkit von Friends of the Earth Niederlande auf Deutsch herausgeben.²¹ Daneben

¹⁹ siehe www.germanwatch.org/kodex.htm

²⁰ siehe www.germanwatch.org/news/t031201.htm

²¹ dann abrufbar unter www.germanwatch.org/tw/kwtool03.htm

haben wir bei einer Vielzahl von Veranstaltungen (z.B. McPlanet, attac-Sommerakademie, Fatal Global) die OECD-Leitsätze – mit ihren Vor- und Nachteilen – vorgestellt.

Beschwerdefall Mexiko-Continental

Seit nunmehr fast zwei Jahren gibt es intensive Arbeitsrechtskonflikte bei einer mexikanischen Tochterfirma des Reifenherstellers Continental. Die Gewerkschafter sahen sich schon länger mit Problemen konfrontiert, die im Dezember 2001 in der unrechtmäßigen Schließung des Werkes mündeten. Germanwatch unterstützt gemeinsam mit FIAN die Gewerkschafter seit 1 ½ Jahren²². Wir haben eine Beschwerde wegen Verletzung der OECD-Leitsätze vorgebracht. Leider läuft der Beschwerdeprozess in diesem Fall nicht optimal, hauptzuständig ist die mexikanische Kontaktstelle, die sich bislang kaum bis gar nicht gerührt hat. Und eine internationale Erfahrung können wir eindeutig auch in diesem Fall belegen: es braucht einen langen Atem im Rahmen des OECD-Beschwerdeprozesses.

Um trotzdem in diesem Fall positives zu bewegen, haben FIAN und Germanwatch eine Reihe von Initiativen gestartet. Im Januar haben wir bei einem Besuch des mexikanischen Präsidenten Fox diesen Fall ihm gegenüber angesprochen. Und im Frühjahr organisierte Germanwatch gemeinsam mit FIAN erneut eine Besuchsreise von mexikanischen Gewerkschaftern nach Deutschland. Das vielfältige Presseecho hat sicher zu einer erfolgreichen Bilanz beigetragen, ebenso wie der Auftritt bei der Aktionärsversammlung, öffentliche Veranstaltungen, Gespräche mit Bundestagsabgeordneten und ein von der deutschen Kontaktstelle einberufenes Gespräch zwischen den Gewerkschaftern und dem Unternehmen unter Teilnahme u.a. des mexikanischen Botschafters. Und dies zeigt für uns auch, dass allein die OECD-Leitsätze bzw. deren Mechanismus nicht (immer) ausreichen, um etwas zu erreichen, sondern sie sind Teil einer umfassenderen Strategie. Immerhin wurde erreicht, dass Verhandlungen wieder aufgenommen wurden und das Verhandlungsziel jetzt die Übernahme des Werkes durch die Gewerkschafter darstellt – das stand bislang nicht zur Debatte. Nach

²² siehe www.germanwatch.org/tw/kw.htm#Continental

den positiven Signalen Mitte des Jahres, weil sich u.a. endlich auch die mexikanische Regierung eingeschaltet hatte und eine Machbarkeitsstudie zur Übernahme des Werkes lief, kommt es in den letzten Wochen wieder ins Stocken. Wir werden den Fall weiterverfolgen und hoffentlich bald eine positive Lösung berichten können.

Internationale NGO-Vernetzung – OECD Watch

Während eines internationalen NGO-Seminars zu den OECD-Leitsätzen im Frühjahr in den Niederlanden, das auch von Germanwatch unterstützt wurde, gründete sich das NGO-Netzwerk "OECD Watch". Ziel ist es, international die Arbeit der NGOs zu den OECD-Leitsätzen zu koordinieren und einen Erfahrungsaustausch zu fördern sowie die Aktivitäten des "Committee on Investment and Multinational Enterprises" (CIME) kritisch zu beobachten und die Meinungen von NGOs in die Debatten und in zukünftige Reviews der Leitsätze einzubringen. Als Kommunikationsmedium wird ein Newsletter herausgegeben, der auch über die Germanwatch-Homepage abrufbar ist.²³ Im Steering Committee von OECD Watch, das aus Vertretern des Nordens und des Südens zusammengesetzt ist, arbeitet Germanwatch intensiv mit. Dieses Netzwerk wird für uns ein wichtiges Element der Zusammenarbeit im Rahmen der Leitsätze für die kommenden Jahre sein.

Investitionsabkommen

Während Germanwatch und andere NGOs sich dafür einsetzen, dass multinationale Konzerne weltweit bestimmte Mindestregeln einhalten, setzen sich die Unternehmen und deren Verbände (insbesondere aus dem Norden) vehement für einen Abbau von staatlichen Regulierungen in der Investitionspolitik ein, womit die Rechte für Unternehmen gestärkt würden. Bei der Welthandelskonferenz in Cancún waren diese Bemühungen jedoch erfreulicherweise nicht erfolgreich. Germanwatch hat sich im Vorfeld von Cancún deutlich gegen eine Aufnahme von Investitionsverhandlungen im Rahmen der WTO eingesetzt, da wir diese Institution nicht als geeignetes Forum für derar-

²³ Nr. 1: www.germanwatch.org/tw/kw-inl01.pdf,
Nr. 2: www.germanwatch.org/tw/kw-inl02.pdf

tige Verhandlungen sehen. Gemeinsam mit einer Vielzahl von NGOs hat Germanwatch Aufrufe gegen die Aufnahme von Investitionsverhandlungen in der WTO unterstützt und Briefe an den EU-Handelsminister Lamy gerichtet. In einem Grundsatzpapier haben wir mit vier Argumenten gegen Investitionsverhandlungen in der WTO unsere Position ausgedrückt²⁴. Diese klare Forderung hat auch die Berliner Regionalgruppe von Germanwatch während des Kirchentages an Besucher unseres Standes vermittelt. In einer gemeinsam mit WEED auf Deutsch veröffentlichten Publikation "Hört auf unsere Worte, vergesst unsere Taten"²⁵ wird das Thema Investitionsverhandlungen eindeutig als ein Hauptinteresse des wirtschaftlich entwickelten Nordens identifiziert, deren Konsequenz den Entwicklungsländern Rechte absprechen würde, von denen die jetzigen Industrieländer seinerzeit profitieren konnten.



"Investitionsverhandlungen in der WTO als Agenda des Nordens" - eine Studie von Ha-Joon Chang und Duncan Green, Herausgegeben von Germanwatch und WEED

Auch wenn in Cancún zunächst die Aufnahme von Verhandlungen verhindert werden konnte, ist dieses Thema noch nicht vom Verhandlungstisch der WTO. Zudem gilt es, regionale und bilaterale Verhandlungen diesbezüglich

verstärkt in den Blick zu nehmen, da derzeit entsprechende Verhandlungen anstehen, z.B. EU und Mercosur, EU-AKP. Insgesamt finden wir es wichtig, internationale Investitionsflüsse zu regulieren, jedoch müssen darin Verpflichtungen zu sozialen, ökologischen und ökonomischen Aspekten im Sinne einer Nachhaltigen Entwicklung enthalten sein.

Die Soziale Dimension der Globalisierung

Die internationale Arbeitsorganisation ILO hat eine unabhängige Expertenkommission einberufen, die Anfang 2004 einen Bericht über die "Soziale Dimension der Globalisierung" veröffentlichten wird. Im Februar 2003 berichtete das deutsche Kommissionsmitglied Ernst Ulrich von Weizsäcker in einer gemeinsam von Germanwatch und Misereor organisierten Veranstaltung über die Arbeit der Kommission. Im April war Germanwatch zu einem nationalen Konsultationsprozess eingeladen, die Ergebnisse werden in den Endbericht der Kommission einfließen. Zur Veröffentlichung plant Germanwatch gemeinsam mit Misereor eine Vorstellung des Berichtes und eine Diskussion über die Implikationen für die deutsche Politik.

UN-Normen für multinationale Unternehmen

Eine Expertengruppe der UN-Unterkommission für Menschenrechte hat seit einigen Jahren UN-Normen zur menschenrechtlichen Verantwortung von Transnationalen Konzernen und anderen Wirtschaftsunternehmen entwickelt. Diese wurden im August 2003 von der Unterkommission verabschiedet. Germanwatch hat sich zusammen mit anderen NGOs im Vorfeld mit einem Brief an die UN-Vertreter für eine Verabschiedung dieser Normen eingesetzt. Jetzt gilt es, für eine positive Aufnahme dieser Normen in die Menschenrechtskommission der UN zu sorgen. Dafür ist Germanwatch im Verbund mit anderen deutschen NGOs beteiligt, die bundesdeutsche Öffentlichkeit stärker über die Sinnhaftigkeit dieser Normen aufzuklären. Die Normen stellen keine neuen Regelungen dar, sondern fassen bestehende Übereinkommen und Verträge zusammen und beziehen diese auch explizit auf Unternehmen.

²⁴ siehe www.germanwatch.org/tw/mia4gr.pdf

²⁵ siehe www.germanwatch.org/tw/chang03.htm

Ausblick

Auch im kommenden Jahr wird Unternehmensverantwortung ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt von Germanwatch sein. Neben der Nutzung und kritischen Bewertung der OECD-Leitsätze wollen wir uns auch verstärkt auf das Watchen von einzelnen Unternehmen und Wirtschaftsbereichen konzentrieren. Ein

Schwerpunkt wird dabei neben der Klimapolitik vor allem der Bereich Agribusiness sein. Darüber hinaus wollen wir die Synergien zwischen dem Bereich KodexWatch mit dem Instrumentarium der OECD-Leitsätze stärker verbinden mit dem Bereich Nachhaltiges Investment und konkret zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen arbeiten.

Entwicklungspolitik

Memorandum 2002

Nach der Bundestagswahl vom 22. September 2002 erhielten alle neuen Bundestagsabgeordneten und die Mitglieder der neuen Regierung – wie schon im Sommer ihre Vorgänger – das "Memorandum 2002: Entwicklungspolitik als Teil einer neuen Weltfriedenspolitik"²⁶. Den Kommissionen für die Koalitionsverhandlungen wurde zusätzlich eine Kurzfassung zur Verfügung gestellt. In noch stärkerem Maße als 1998 finden sich zentrale Aussagen und Forderungen des Memorandums in der Koalitionsvereinbarung wieder. Das ist ein Erfolg an sich, der allerdings nur dann "nachhaltig" würde, wenn sich die Regierung auch an diese Vereinbarung hielte. Germanwatch beteiligte sich intensiv sowohl inhaltlich als auch – durch seine Arbeit als Koordinationsstelle – organisatorisch an der Erstellung und Verbreitung des Memorandums.



Bundesministerin Heidemarie Wiczorek-Zeul bei der Einweihung des Dr.-Werner-Schuster-Hauses am 9.5.03. Foto: Gerold Kier

Einweihung Dr.-Werner-Schuster-Haus

Die von VENRO und Germanwatch initiierte Benennung unseres Bonner Bürohauses nach dem 2001 verstorbenen Entwicklungspolitiker Dr. Werner Schuster wurde am 9. Mai 2003, dem Vorabend seines zweiten Todestages, mit einem Symposium und einer großen Haus-einweihung festlich begangen.

Unter den ca. 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern konnten wir mehrere amtierende und

²⁶ siehe www.germanwatch.org/pubdiv/memo2002.htm

ehemalige MdB begrüßen und insbesondere Familienmitglieder sowie die Bundesministerin Heidemarie Wiczorek-Zeul, die mit uns im Büro nach der eigentlichen Feier längere Zeit diskutierte. Dieser Festtag hat die Bekanntheit von Germanwatch auch in der interessierten Bonner Öffentlichkeit stark erhöht.

Entwicklungszusammenarbeit der Bundesländer: Erklärungen und Leistungen

Anfang Juli veröffentlichten Ludger Reuke, Caroline Schäfer und Sandra Albers die erste umfassende Studie/Handreichung "Zur Entwicklungszusammenarbeit der Bundesländer: Erklärungen und Leistungen"²⁷. Die darin enthaltenen vielen neuen Statistiken und Tabellen führten zu einer unerwartet starken Nachfrage und zur inzwischen 3. Auflage.

Bericht zur Wirklichkeit der Entwicklungshilfe

Anfang November ging der "Elfte Bericht zur Wirklichkeit der Entwicklungshilfe"²⁸ der deutschen Entwicklungs-NRO (verantwortlich DWHH und tdh) in Druck, zu dem Ludger Reuke, Germanwatch-Referent für Entwicklungspolitik, den Teil I zur "Entwicklungsfiananzierung" erarbeitet hat.

Erhalt der GFG-Mittel

Germanwatch hat sich im Verein mit anderen – mit einem wichtigen Teilerfolg – für den Erhalt der Mittel für die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit der NRO in den nordrhein-westfälischen Kommunen eingesetzt.

Ausblick

Eine detailliertere Beschäftigung mit der deutschen öffentlichen Hilfe (ODA) wird voraussichtlich Arbeitsschwerpunkt der kommenden Monate.

²⁷ siehe www.germanwatch.org/ez/bulae03.htm

²⁸ siehe www.germanwatch.org/ez/dtep03.htm

Unsere Kooperation mit Worldwatch: Verstärkung des Transatlantischen Dialoges

Seit 1994 bereits ist Germanwatch in besonderer Weise mit dem Worldwatch Institut (WWI) in Washington verbunden. Damals wurden die ersten Ideen ausgetauscht, gemeinsam im Klimabereich aktiv zu werden.

Der damalige Klimaexperte des WWI, Chris Flavin, der im Jahre 2000 Nachfolger von Lester Brown als WWI-Präsident wurde, hatte schon Ende 1992 in den USA den Business Council for Sustainable Energy mit aus der Taufe gehoben. 1995 war Chris in Berlin beim ersten Klimagipfel dabei, als Germanwatch als maßgeblicher Initiator den European Business Council quasi als Schwesterorganisation zur Gründung vorschlug. Damit sollten pro-aktive Akteure aus der Wirtschaft bei den Klimaverhandlungen die Bremser und Blockierer rund um die Global Climate Coalition in die Schranken weisen. Dies kann im Nachhinein als gelungene Strategie bezeichnet werden. Die freundschaftliche Beziehung insbesondere zu Chris Flavin führte schließlich dazu, dass Germanwatch in Deutschland ab 1999 Mitherausgeber der jährlichen Hauptpublikation "State of the World" wurde.



Worldwatch-Bericht "Zur Lage der Welt 2003" - in der deutschen Fassung herausgegeben in Kooperation mit Germanwatch und Heinrich-Böll-Stiftung

Die besondere Qualität lag und liegt darin, dass Germanwatch ein eigenes deutsch-

europäisches Kapitel zur deutschen Auflage von "Zur Lage der Welt" schreibt. Für das Jahr 2003 haben wir einen auf Cancun gerichteten Beitrag über "Agrarwende und internationale Nachhaltigkeit" (am Beispiel der Abkopplung und der Nahrungsmittelstandards) verfasst. Sehr erfreulich – insbesondere für die Übersetzungsarbeiten – ist übrigens die neue Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung bei diesem Projekt.

Zwei Strömungen bei Germanwatch führten in den letzten zwölf Monaten als nächsten Schritt zu einem verstärkten Nachdenken darüber, mit Worldwatch noch enger zusammen zu arbeiten. Einmal waren und sind das die Blockaden im transatlantischen Dialog (festgemacht insbesondere an den Spannungen zwischen EU und USA rund um den Irakkrieg) und um die globale Umweltpolitik (Stichwort Kyoto). Zum anderen die Notwendigkeit, auf der EU-Ebene bei zukünftig neuer Verfassung und einer auf 25 Staaten erweiterten Gemeinschaft stärker präsent zu sein. Worldwatch prüfte von der anderen Seite des Atlantik ähnliche Fragen, um in Kooperation mit europäischen Organisationen noch stärker als global agierendes Institut wahrgenommen zu werden.

Eine gemeinsame Klausur von WWI, Germanwatch und Worldwatch Norden am Sacrower See bei Berlin Anfang September 2003 mündete in die gemeinsame Initiative für eine neu zu gründende Organisation "Worldwatch Europe". Deren exklusiver deutscher Partner würde aufgrund der langjährigen Zusammenarbeit Germanwatch sein. Am Aufbau dieser spannenden Netzwerk- und Politikbeeinflussungsstruktur wird derzeit von beiden Seiten intensiv gearbeitet. Mit großer Behutsamkeit wird die Idee einer Kooperation mit bereits existierenden europäischen Netzwerken und Dachverbänden aus dem Umwelt- und Entwicklungsbereich diskutiert, damit dort keine Befürchtungen über unliebsame Konkurrenz wachsen, sondern der zusätzliche Nutzen für andere Akteure deutlich wird. Sehr maßgeblich für einen Erfolg wird eine zusätzliche finanzielle Ausstattung sein. Sowohl das WWI als auch Germanwatch sind nicht dazu in der

Lage, die Entwicklung und die Aufrechterhaltung eines Worldwatch Europe aus den laufenden Budgets zu bezahlen.

Germanwatch erhofft sich durch diese neue Qualität der Kooperation mehr Sichtbarkeit und Einfluss auf europäischer Ebene und verspricht sich auch Synergien in bestimmten Themenfeldern, aber auch bei der Optimierung der eigenen Kapazitäten. Wohlgemerkt: wir arbeiten zunehmend eng mit Worldwatch zu-

sammen, doch wir sind und bleiben eine eigenständige und unabhängige Organisation. Warten wir ab, was aus der ambitionierten Idee von Worldwatch Europe wird.

Das nächste gemeinsame Buch "Zur Lage der Welt 2004" mit dem Schwerpunkt "Nachhaltigkeit und Konsumverhalten" wird jedoch auf jeden Fall im Frühjahr nächsten Jahres wiederum im Verlag Westfälisches Dampfboot in deutscher Sprache erscheinen.

Fünf Jahre Stiftung Zukunftsfähigkeit: Überwindung der Blockaden in der Internationalen Politik

Innerhalb der letzten Monate waren wir mit den Eigenakzenten der Stiftung eher zurückhaltend. Einmal weil Germanwatch und deren Weiterentwicklung der Inhalte und Kapazitäten alle Aufmerksamkeit forderte. Zum anderen weil die Hauptakteure der Stiftung, das sind insbesondere die Germanwatch-Vorstandsmitglieder Klaus Milke und Holger Baum sowie Christoph Bals als Hauptkämpfer von RioKonkret, genau auch dabei voll und ganz eingebunden waren. Zum dritten weil wir die Stiftung immer mehr als im Profil komplementär zu Germanwatch verstehen, also das Zusammenwirken mit Germanwatch ein zentraler Kern auch des öffentlichen Auftretens ist.

Für die Eigenaktivitäten der Stiftung in 2003 waren wir dementsprechend auch konsequent. Beispielhaft sei hier der "Adaptation Day" zu den Klima-Zwischenverhandlungen im Juni 2003 im Haus Rolandseck mit Verhandlern aus der EU und der G77 erwähnt. Dabei ging es

um die offene informelle Aussprache über das – den Kyoto-Ansatz ergänzende – Thema Anpassungsziele und -instrumente im Klimaprozess. Eine weitere Aktivität war ein "Special Dinner" mit Chris Flavin und ausgesuchten Gesprächspartnern Anfang Juli in Bonn über die Schritte hin zu einem Worldwatch Europe..

In diesem Jahr nun jährt sich das offizielle Bestehen der Stiftung zum 5. Male. Zur Erinnerung: sie wurde im Januar 1998 genehmigt. Aus Anlass des Geburtstages gibt es in diesem Jahre eine besondere Veranstaltung in Berlin. Am 16. Dezember findet in Kooperation mit Germanwatch und KfW-Bankengruppe eine Podiumsdiskussion zum Thema "Zur Überwindung der Blockaden in der internationalen (Umwelt-)Politik und im Nord-Süd-Verhältnis – Wo steckt noch Dynamik für mehr Nachhaltigkeit?" statt. Zu dieser sind alle Germanwatch-Mitglieder, die mittlerweile etwa 30 ZustifterInnen und alle FreundInnen unserer Stiftung eingeladen.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Pressearbeit

Die Pressearbeit²⁹ wurde im Februar 2003 von Christiane Lellig an Heike Ifland übergeben. Aktiv begleitete die Pressearbeit in diesem Jahr schwerpunktmäßig:

- Welthandelskonferenz in Cancún im September 2003
- Anti-Dumping-Kampagne "Unterbieten Verboten"
- OECD-Beschwerde gegen Continental AG
- Expertengruppe Institutionelle Investoren + Klimaschutz
- Klima-AUSBADE-Kampagne

Welthandelskonferenz in Cancún im September 2003

Germanwatch war durch die Leiterin des Handelsbereiches, Marita Wiggerthale, mit offiziellem WTO-Beobachterstatuts in Cancún vertreten. Von dort wurde – in Kooperation mit dem ICTSD – der tägliche Newsletter "Bridges" verschickt, außerdem – teilweise gemeinsam mit FIAN – täglich eine Pressemitteilung herausgegeben.



NGO-Aktion bei der Eröffnungszeremonie in Cancún.
Foto: Marita Wiggerthale.

Die intensive Betreuung des Themas "Agrarhandel" – u.a. durch zwei vorbereitende Presseworkshops – machte sich bezahlt: Marita Wiggerthale wurde während des Gipfels in den großen Überregionalen – Handelsblatt, FR, Die Welt, Financial Times – zitiert, in Agentur-

meldungen erwähnt und war häufig angefragte Kommentatorin im Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk (SWR, HR, Inforadio, DLF). Bereits im Vorfeld des Welthandelstreffens beobachteten und kritisierten wir die Arbeit an den Vertragsentwürfen öffentlich, so wurde z.B. dem Agrarverhandlungsleiter Harbinson im März 2003 in Berlin ein Gebiss mit der Protestnote "Mehr Biss für die Belange der Entwicklungsländer" überreicht. Die kontinuierliche, informative Pressearbeit wurde von vielen Journalisten positiv kommentiert (namentlich u.a. Andreas Zumach, taz Genf und Petra Pinzler, Zeit, Brüssel). Dass das Thema Baumwoll-Dumping publik wurde (z.B. in der Zeit), können wir uns ebenfalls zum Teil auf die Fahnen schreiben, dank eines frühen Presse-Hintergrundgesprächs, zu dem wir im Sommer gemeinsam mit dem EED einluden.

Anti-Dumping-Kampagne "Unterbieten Verboten"

Innerhalb der gemeinsamen Kampagne von FIAN, Weltladen Dachverband und Germanwatch wurde eine Protest-Postkartenaktion durchgeführt. Sie startete im Januar 2003 auf der Internationalen Grünen Woche und endete im Juni 2003 mit der Übergabe von über 21.000 Postkarten, Mails und Fotos an Landwirtschaftsministerin Künast. Darin wurde die Ministerin aufgefordert, sich für ein Ende des EU-Export-Dumpings einzusetzen. Zahlreiche kirchliche, NGO und weitere Mitglieder- und Fachzeitschriften konnten dafür gewonnen werden, auf die laufende Postkarten-Aktion hinzuweisen und ihre Leser einzuladen, sich zu beteiligen (z.B. das Bioladen-Magazin "Schrot & Korn").

OECD-Beschwerde gegen Continental AG

Wie bereits im vergangenen Jahr, kamen auch 2003 Gewerkschaftler aus Mexiko nach Deutschland, um ihre Klage gegen den Reifenhersteller Continental zu vertreten. Germanwatch (und FIAN) betreuten die Arbeiter auf ihrer "Rundreise". Wir organisierten eine Diskussionsveranstaltung bei der Böll-Stiftung, Treffen mit deutschen Gewerkschaftern sowie den Auftritt auf der Aktionärsversammlung

²⁹ Germanwatch-Pressemitteilungen im Internet:
www.germanwatch.org/presse

und begleiteten das Ganze mit Pressemitteilungen und intensiven Pressegesprächen. Die Resonanz in der Wirtschafts- und der lokalen Presse war entsprechend groß, einige Überregionale berichteten mehrfach über den Fall und zitierten Cornelia Heydenreich. Es gab mehrere Interviews mit Nachrichtenagenturen, auch spanischsprachigen.

Expertengruppe Institutionelle Investoren + Klimaschutz

Rund um die Treffen der Expertengruppe fanden zwei Pressegespräche statt (im Frühjahr in Bonn, im Herbst in Düsseldorf), die betreut wurden. Außerdem unterstützten wir die Pressarbeit des Carbon Disclosure Projects, London. Dabei konnte auf die exzellenten Pressekontakte von Stefan Rostock aufgebaut werden.

Klima-AUSBADE-Kampagne

Für die Klima-AUSBADE-Kampagne wurde ein Design-Wettbewerb ausgerufen. Junge Künstler/innen entwarfen Klimaschutz-Postkarten, die die Ziele der Kampagne auf lockere, verständliche und charmante Weise vermittelt.³⁰ Die Aktion wurde in zahlreichen Künstler-Netzwerken, Online-Newsgroups und an Kunstakademien verbreitet. Die schönsten 3 Motive wurden u.a. in den Städten Berlin und Dresden per Medienservice (Dinamix, Auflage 47.500) sowie in zahlreichen Städten in Gaststätten, Kinos und Freizeitzentren verteilt. Die Karten sind außerdem attraktive "Give-Aways" auf Germanwatch-Ständen (Kirchentag, Tag der Offenen Tür des BMZ, Attac-Kongress etc.). Der Schulbuchverlag Westermann konnte für die Veröffentlichung von Fallbeispielen "Klimawandel" gewonnen werden.

Broschüren, Flyer, Germanwatch-Zeitung

Die Pressestelle gab in diesem Jahr vier Ausgaben der Germanwatch-Zeitung³¹ heraus. Aktuelle Auflage (nur Postversand): ca. 11.000 Stück. Zusätzlich erscheint jede Ausgabe als Beilage in der "tageszeitung" (Auflage: ca. 85.000). Schwerpunkte waren: Agrarhandel, Klimaschutz, Nachhaltiges Investment sowie

³⁰ siehe www.germanwatch.org/klak/postkart.htm

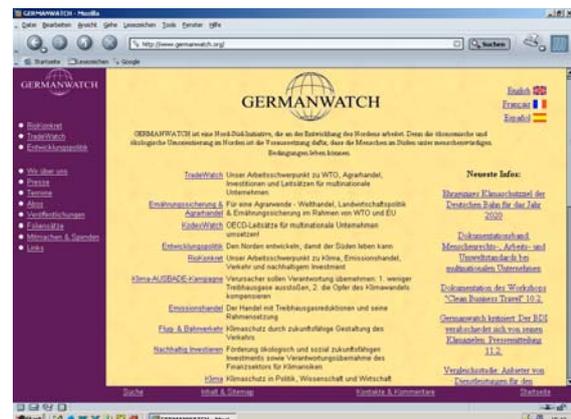
³¹ siehe www.germanwatch.org/pubzeit

Flugverkehr (erscheint 4.12.03). Tragendes Mitglied der Redaktion und verantwortlich im Sinne des Presserechts war wie gewohnt Vorstandsmitglied Dörte Bernhardt.

Außerdem wurde eine Broschüre für die neue Anti-Dumping-Kampagne "Unterbieten verbieten!" fertiggestellt; Flyer für Flugverkehr und eine generelle Selbstdarstellung von Germanwatch e.V. sind in Arbeit. Daneben gibt es ab sofort einheitliche Pins (Anstecknadeln) für alle Kampagnero/as, egal ob sie die Klima- oder die Handelskampagne unterstützen. Die Pins sind im Germanwatch-Look (Design seit 2002) mit der Aufschrift "Kampagnero – Kampagnera – Germanwatch".

Der Internetauftritt von Germanwatch

Die Germanwatch-Website³² wurde weiter kontinuierlich ausgebaut und als einer der wichtigsten Wege zur Verbreitung unserer Informationen genutzt.



Die Website www.germanwatch.org

So hatte die Seite in den vergangenen 12 Monaten (1.11.02-30.10.03) rund 865.000 Seitenzugriffe (Vorjahr: 550.000) und 170.000 Besuche³³ (Vorjahr: 110.000). Verschiedene technische Gründe – u.a. das "Caching" – erschweren die Interpretation von absoluten Zahlen in Zugriffsstatistiken, die echten Werte liegen in der Regel weit darüber. Die relativen Trends werden durch die Statistik hingegen mit etwas

³² www.germanwatch.org

³³ Die Zahl der "Besuche" wird über ein gängiges statistisches Verfahren ermittelt und ist nicht zu verwechseln mit der Zahl der "Besucher", da ein Besucher innerhalb eines Jahres mehrere Besuche machen kann.

größerer Zuverlässigkeit widergespiegelt. So kann der oben gezeigte Zuwachs innerhalb des letzten Jahres³⁴ durchaus als Zeichen für eine stark gestiegene Reichweite der Germanwatch-Informationen gewertet werden. Der Reichweitenanstieg ist möglicherweise zum Teil damit zu begründen, dass die Anzahl a) der Menschen mit Internetzugang und b) der von ihnen pro Monat besuchten Internetseiten steigt. Den jüngsten Statistiken über die Nutzung des Internets in Deutschland zufolge liegen die Zuwachsraten von a) und b) bei jeweils 10%, so dass die von deutschen Internetbenutzern verursachten Seitenzugriffe im letzten Jahr um rund 20% gestiegen sein dürften³⁵. Die restlichen 35% des Reichweitenanstiegs unserer Website sind demnach auf andere Faktoren zurückzuführen, wie beispielsweise ein gesteigerter Bekanntheitsgrad von Germanwatch, bessere Verlinkung auf anderen Websites und höheres Ranking in Suchmaschinen für verschiedene Schlagworte.

³⁴ rund 55% sowohl für die Zahl der Seitenzugriffe als auch für die Besuche

³⁵ Quelle: <http://cyberatlas.internet.com>